WORMSER STADTVERWALTUNG HANDLANGER DER SHELL-KAPITALISTEN (Seite 3)

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 10 27. September 1971 5. Jahrgang 50 Pfennig



DIE WIDERSPRÜCHE IM IMPERIALISMUS VERSCHÄRFEN SICH

DOLLARKRISE

Am 15. August hat die Nixonregierung verkündet: Der Dollar soll 'vorerst' nicht mehr in Gold umgetauscht werden können, für '90 Tage' wird ein Lohn- und Preisstopp verfügt, auf Auslandsimporte wird eine 10%ige Importsteuer erhoben.

Mit dieser 'neuen Wirtschaftspolitik' will der USA-Imperia- ohnehin schon erheblich zurückgehenden Weltmarktes. Das von den USA selbst eingerichtete und den anderen kapitalistischen Ländern aufgezwungene Weltwährungssystem geriet aus den Fugen.

Am 19. August trafen sich die Wirtschaftsminister der EWG, um den Ernst der Lage zu bera- wirtschaftsministers Schiller auf ein gemeinsames Vorgehen auf der anschließenden Tagung des sogenannten Zehner-Clubs. Die wesentlichen Forderungen waren die nach Rückkehr zu festen Wechselkursen, die Ablösung des Dollars als Leitwährung, die Aufhebung der 10%igen Einfuhrsteuer der USA, sowie dem

Vorbeugehaft

DAS VOLK WIRD DER POLIZEIWILLKÜR AUSGELIEFERT

Ob Regierung oder Opposition, alle bürgerlichen Parteien sind sich darin einig: Strafrecht und Haftrecht müssen so schnell wie möglich verschärft werden.

WAS IST GEPLANT ?

Auf der ständigen Konferenz der Innenminister der Bundesländer am 10. September hat FDP-Genscher einen Antrag durchgebracht, nach dem

- schon die Androhung von Gewalt bestraft werden kann;
- Erwerb und Benutzung von Waffen und Munition erschwert werden sollen.
- die Abschiebung 'straffälliger' Ausländer erleichtert werden soll;
- die 'Schutz'-Haft bei Raub, Erpressung, schwerem Diebstahl, Betrug, schweren Rauschgift- und Waffendelikten eingeführt werden soll (bisher gab es sie schon bei Sittlichkeitsvergehen und Mord).

Die CDU macht sich für die Vorbeugehaft gegen Wiederholungstäter stark, die schon 1969

Die Springerpresse gröhlt: Mord, Raub, Entführung, Gewalt gegen Gewalt, Schlag auf Schlag, und nichts geschieht ! 'Bild' und mit ihr der gesamte Chor der Konterrevolution fragen: Warum wächst die Kriminalität und wächst und wächst ? Und antworten: Weil nicht hart genug durchgegriffen wird. **Das ist gelogen ! Die Kriminalität ist nichts Naturgegebenes, sondern eine typisch kapitalistische Erscheinungsform. Mord, Raub, Entführung werden durch die Ausbeutergesellschaft erzeugt und nicht durch zu 'lasche Gesetze' oder 'ungesunde Erbanlagen'. Verbrechen, d.h. die individualistischste, schädliche, verzweifelte, ohnmächtige Lösung von Widersprüchen werden erzeugt, weil der Reichtum, von der Mehrheit des Volkes geschaffen, von einer kleinen herrschenden Minderheit angeeignet wird.**

Die Ursachen der Verbrechen liegen in der Hektik und Arbeitshetze, in der Menschenverachtung der Ausbeutergesellschaft, in der Wurzel des kapitalistischen Systems. Verbrechen werden erzeugt, weil die

lismus laut Nixon 'Arbeitslosigkeit, Inflation und internationale Spekulation' bekämpfen. In Wirklichkeit jedoch ist diese Politik auf das Gegenteil gerichtet: Die amerikanischen Arbeiter sollen noch mehr geschröpft werden und zum Stillhalten gezwungen werden. Die Wirtschaftskrise der USA soll auf die 'Verbündeten' abgewälzt werden.

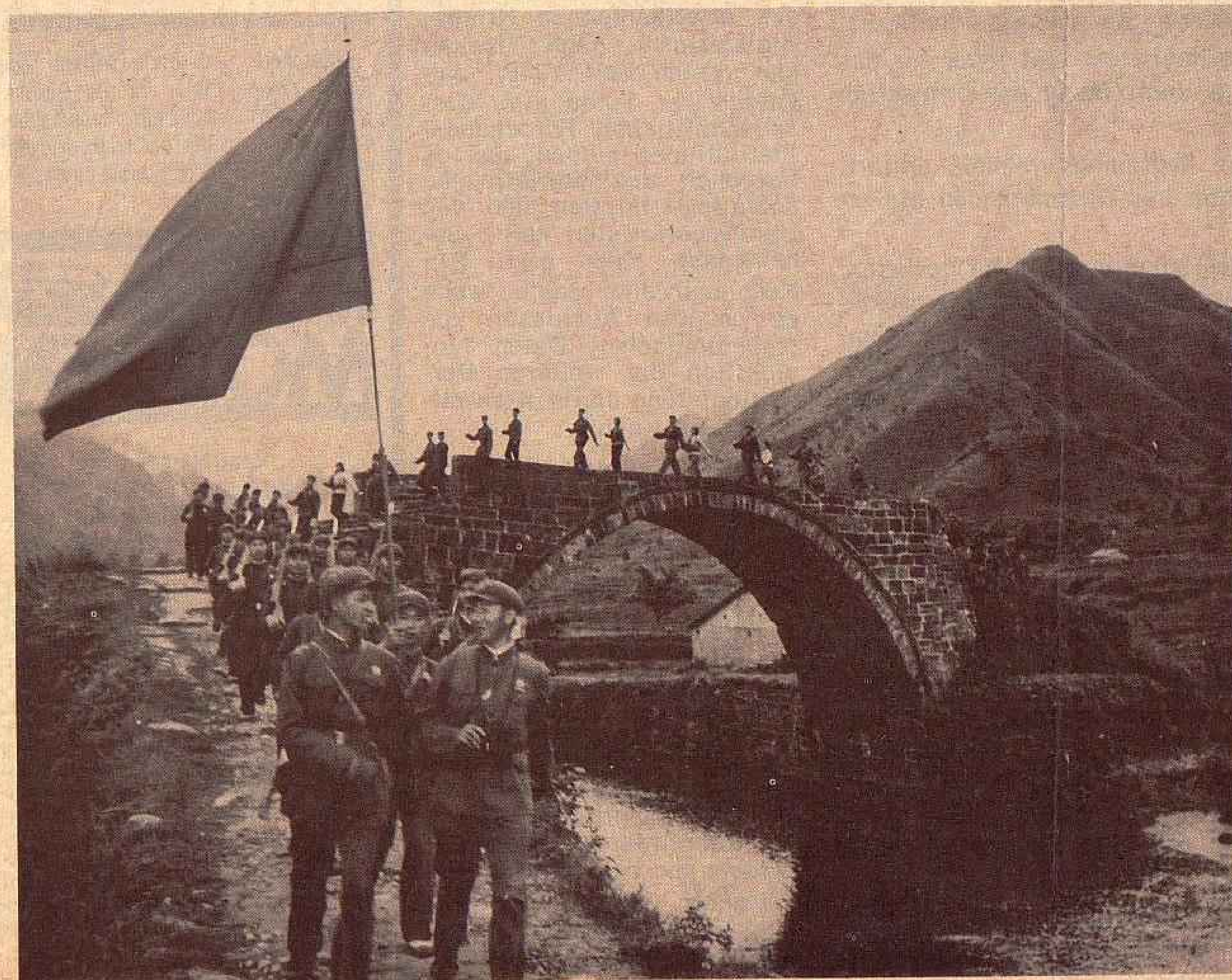
Die Folge dieser Maßnahmen war ein weiteres Schrumpfen des

ten, um gemeinsame Gegenmaßnahmen zu treffen. Die Diskussion zeigte, daß jeder sich selbst der Nächste war, so daß ein gemeinsames Vorgehen nicht zustande kam. Die bürgerliche Presse redete von einem 'schwarzen Donnerstag' und zog Vergleiche zur Weltwirtschaftskrise von 1929.

Erst auf der EWG-Ministerratstagung am 14. September einigte man sich gegen den anfänglichen Widerstand Bundes-

Vorschlag, den Dollar abzuwerten. Wie nicht anders zu erwarten war, zeigte sich USA-Finanzminister Connally auf der Zehnerrats-Tagung stur und appellierte an die Zehnerrats-Mitglieder (EWG-Staaten, USA, Großbritannien, Kanada, Japan und Schweden), ihren Anteil an der Wirtschaftskrise der USA zu übernehmen.

CHINA GEGEN ATOMKOMPLOTT (Seite 2)



vom SPD-Juristen Hirsch aufs Tapet gebracht worden war. Damals war die Vorbeugehaft wieder in der Versenkung verschwunden, weil die Bourgeoisie noch ohne sie auskam. Jetzt aber brennt es ihr unterm Hintern. Die angeblich 'lasche', 'liberale' Verbrechensbekämpfung, so wie sie bisher praktiziert wurde, habe sich nicht bewährt, krakelen der Münchener Polizeipräsident Schreiber, der CDU-Rechtsverdreher Benda und die Springerpresse, jetzt gelte es, hart durchzugreifen. Der Gesetzentwurf der CDU verrät schon deutlich, worauf es der Bourgeoisie ankommt: CDU/CSU und die Springerjournaille fordern die Vorbeugehaft für Wiederholungstäter (auch auf Verdacht) bei

- 'Staatsschutzdelikten' - das heißt in der Interpretation des Hamburger Abendblatts und anderer Hetzorgane: 'Delikte, die serienmäßig von radikalen Terrorgruppen (wie z.B. der Baader-Meinhof-Gruppe) begangen werden;'
- 'gefährlicher Körperverletzung' durch 'kriminelle Schlägerbanden, vor allem in Großstädten (!)'
- 'Menschenraub';
- 'schweren Eigentums- und Rauschgiftdelikten';
- 'Brandstiftung und Sprengstoffdelikten'.

Wie ist diese hektische Betriebsamkeit der Bourgeoisie, wie ist dieser Kampf für den 'Liberalisierungsstopp' (Polizeipräsident Schreiber) zu erklären ?

Kapitalistenklasse die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen systematisch zum Kampf jeder gegen jeden, alle gegen alle aufhetzt, weil sie systematisch Neid, Mißgunst, Konkurrenzdenken unter die Volksmassen sät.

Um ihre massenfeindlichen Gesetze durchzubringen, macht sich die Bourgeoisie scheinheilig zum Fürsprecher der Massen: Angeblich geht es darum, die Mehrheit des Volkes gegen die Gewaltverbrecher zu schützen.

Das ist gelogen ! Es geht einzig und allein darum, die Konzernbosse, die Finanzgewaltigen, mit einem Wort, die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat gegen die anwachsende revolutionäre Arbeiterbewegung zu schützen.

Im 'Spiegel' gibt CDU-Benda sogar frech zu, daß es nicht in erster Linie um den Schutz der Kinder und Frauen, sondern um 'andere besonders schutzbedürftige Kreise der Bevölkerung' geht. Wer können diese 'anderen besonders schutzbedürftigen Kreise' anders sein als die Kapitalistenklasse und ihr Staatsapparat, die ihre Macht in Gefahr sehen und sich vorsorglich vor der geballten Macht der Arbeiterklasse 'schützen' wollen. 'Besonders schutzbedürftig' ist niemand anders als die Kapitalistenklasse, die alles in ihrer Macht stehende aufbieten muß, um zu verhindern, daß ihr nicht all das entrissen wird, worum sie die Arbeiterklasse betrogen hat, und um ihren unabwendbaren Sturz aufzuschieben.

Fortsetzung Seite 2

VORBEUGEHAFT

Fortsetzung von Seite 1

CDU-Benda trauert den alten Zeiten nach: '1965 hat das Bundesverfassungsgericht noch keinen Anlaß gehabt, sich mit der Wiederholungsgefahr allgemein auseinanderzusetzen.' (Spiegel) Warum auch ? Damals wurde die Bourgeoisie noch ohne Vorbeugehaft den noch zu schwachen Widerstand der unterdrückten Volksmassen fertig, die durch Verbot und schließlich revisionistische Entartung der KPD ihrer Vorhut beraubt waren. Heute aber sitzt ihr schon die Angst vor der erstarkenden Arbeiterklasse und vor den Marxisten-Leninisten im Nacken. Die Bourgeoisie muß erkennen, daß ihr ganzer antikommunistischer Propagandaapparat mit seinen Instrumenten Massenmedien, Gewerkschaften, Schule, Kirche usw. nicht ausreicht, um zu verhindern, daß immer breitere Teile des Volkes in den Kampf gegen das System einreihen. **Heute sieht sich die Bourgeoisie schon gezwungen, die Propagierung der 'Anwendung und Androhung von Gewalt als Mittel zur Lösung von politischen und anderen (!) Konflikten' (Antrag des Innenministers) unter Strafe zu stellen.**

Unter dem Vorwand, die Gewaltverbrechen wirkungsvoll zu bekämpfen, versucht die Bourgeoisie also, die revolutionäre Bewegung und vor allem den Kampf der Kommunisten Schritt für Schritt zu kriminalisieren. Noch wähnt sie sich in Sicherheit und hält die Zeit für den plumpen Weg des Verbots der KPD/ML und anderer Organisationen der marxistisch-leninistischen Bewegung und ihrer Organe für nicht gekommen.

Die Gretchenfrage

Die Gretchenfrage, die die Volksrepublik China an die nuklearen Supermächte USA und Sowjetunion richtete, heißt: Seid ihr bereit, die Erklärung abzugeben und offen die Verpflichtung zu übernehmen, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erste Kernwaffen einzusetzen ? An dieser Frage wird sich zeigen, was von ihren Abrüstungsbeteuerungen wirklich zu halten ist. Nicht daß wir die Illusion hegten, daß durch solche Erklärungen der Friede zu sichern sei. Der Krieg liegt im Wesen des Imperialismus begründet und seine endgültige Abschaffung wird nur durch die bewaffnete Zerschlagung des Imperialismus möglich sein. Wenn man will, daß es keine Gewehre mehr geben soll, muß man das Gewehr in die Hand nehmen.

Warum aber weigern sich die Supermächte, solch eine eindeutige Erklärung abzugeben, obwohl die Volksrepublik China sie schon vor Jahresfrist stellte und jetzt wiederholte ? Der Grund ist eindeutig. Um sich die Möglichkeit für einen Präventivschlag gegen ein anderes Land offenzuhalten. Sie wollen das Druckmittel der atomaren Erpressung nicht aus der Hand legen. Das aber offenbart ihren aggressiven imperialistischen Charakter. Das entlarvt ihr ganzes Gefasel von Sicherheit, Abrüstung, Friedenspolitik als einen schamlosen Betrug.

Und da wagen es noch die Handlanger der sowjetischen Sozialimperialisten in der Bundesrepublik, die DKPisten, zu schreiben: 'Immer dann, wenn - dank der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion - konkrete Maßnahmen zur Rüstungsbeschränkung durchgesetzt wurden, folgten aus Peking scharfe Ablehnung und eine Flut antisowjetischer Verleumdungen. Das war beim Vertrag über das Verbot der Kernwaffenversuche und beim Abschluß des Kernwaffensperrvertrages so, das praktizierte die chinesische Regierung auch gegenüber dem jüngsten sowjetischen Vorschlag für eine Konferenz der fünf Atommächte.' (UZ, 35/71)

Was ist denn bei all dieser 'konsequenten Friedenspolitik' der Supermächte herausgekommen ? Der 'Vertrag über das teilweise Verbot von nuklearen Versuchen', der 'Vertrag über die Nichtweitergabe von Kernwaffen', der 'Beschränkung der strategischen Waffen'. Haben sie nur irgendetwas an der atomaren Bedrohung der Völker der Welt durch die Supermächte ändern können ? Konnten sie die Aggression des USA-Imperialismus in Vietnam, den Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten auf die Tschechoslowakei verhindern ? Haben sie auch nur in irgendeiner Weise das nukleare Wettrüsten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beschränkt ?

Im Gegenteil, zwar bombte man nicht mehr überirdisch, aber unterirdisch wurden die Kernwaffenversuche ununterbrochen fortgesetzt. Die Atomwaffenarsenale füllten sich weiter mit Bomben. Atomraketen wurden in immer größerer Zahl in den von den Imperialisten besetzten Ländern stationiert. Immer enger wurde im Laufe der Jahre die konterrevolutionäre Zusammenarbeit zwischen den Sozialimperialisten und den USA-Imperialisten. Während zur Zeit in Helsinki die Verhandlungen zum Abschluß eines Abkommens über die sogenannte Einschränkung der strategischen Waffen

CHINA GEGEN ATOMKOMPLOTT

Anläßlich des Vorschlages der Sowjet-Regierung zur 'Einberufung einer Konferenz der fünf über Kernwaffen verfügenden Mächte - Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika, Volksrepublik China, Frankreich und Großbritannien', auf der die 'Probleme der nuklearen Abrüstung im ganzen' untersucht werden sollen, gab die chinesische Regierung eine Erklärung ab, in der sie diesen völkerfeindlichen Vorschlag entschieden zurückweist. In der Erklärung heißt es u.a.:

Zur Berlin-Regelung

Die polnische Wochenschrift 'Politika' preist in einem Kommentar den Vertrag über Berlin. Alle von den sowjetischen Sozialimperialisten gemachten Konzessionen bezeichnet das Blättchen als positiv, weil auf Grund des Vertrages der Westen das demokratische Berlin als Hauptstadt der DDR anerkennt. Es würde kein Wunder sein, wenn wir eines Tages hörten, die Sowjetrevisionisten lassen sich weitere Konzessionen abzwingen, um die Anerkennung Warschaus als Hauptstadt Polens zu sichern. Alles kann man von den Sowjetimperialisten und ihren Lakaien erwarten. Sie sind bereit, jeden Verrat zu begehen, um die Interessen des sowjetischen Volkes und der Länder des Ostblocks für ein Butterbrot an den USA-Imperialismus und die anderen westlichen Imperialisten zu verkaufen.

REVISIONISTISCHE SCHULMEISTEREI

Wie läßt sich die Revolution in Italien am besten verhindern ? Diese Sorge beschäftigt anscheinend die polnischen Revisionisten, ob ihrer guten Beziehungen zum Fiat-Konzern, so sehr, daß sie meinen, der italienischen Arbeiterklasse und den Gewerkschaften gute Ratschläge erteilen zu müssen. Schweinerei, empört sich der polnische Schreiberling Adam Strug in der Zeitung 'Sztandar Mlodych' und später auch in der italienischen Illustrierten „l'Europeo", die italienischen Arbeiter haben überhaupt keine Disziplin. Dauernd kommt es

Gleichzeitig aber, indem sie 'Haltet den Dieb' schreit und die revolutionären Volksmassen meint, bereitet sie das Verbot der KPD/ML vor.

Das ist ein weiterer Beweis dafür, daß das durch und durch aggressive, menschenfeindliche Wesen des Imperialismus nicht 'zurückgedrängt' werden kann, wie die DKP/SEW-Revisionisten behaupten, sondern daß er zerschlagen werden muß. Im ROTEN MORGEN 1/70 schrieben wir, daß die Monopolbourgeoisie versuchen wird, den Faschismus zu errichten, wenn sie sich allein mit bürgerlich-parlamentarischen Mitteln nicht mehr im Sattel halten kann. 'Immer dann, wenn die Monopolbourgeoisie ihre Herrschaft ernsthaft gefährdet sieht, wie 1933, als infolge der Weltwirtschaftskrise der Einfluß der KPD unter den Volksmassen ständig wuchs, als eine revolutionäre Situation entstand, griff sie zur Herrschaftsform des Faschismus.' Ob es ihr allerdings tatsächlich gelingt, den Faschismus, der, wie Thälmann sagte, Krieg bedeutet, ans Ruder zu bringen, hängt von der Stärke der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut ab. Auch vor 1933 hatte die Bourgeoisie versucht, durch allerlei Gesetze, die sich mehr oder weniger verschleiert gegen die Arbeiterklasse und ihre Vorhut, die Kommunistische Partei, richteten, die Arbeiterklasse zu entwaffnen.

Verstärken wir unsere Anstrengungen, um aus der Geschichte der Arbeiterbewegung zu lernen, um die Partei ideologisch, politisch und organisatorisch fest zusammenzuschweißen und sie zum organisierten Vortrupp der Arbeiterklasse zu machen, der fähig ist, der spontanen Bewegung die Richtung zu weisen und sie anzuführen.

'Die Verhütung von nuklearem Krieg, die Beseitigung nuklearer Bedrohung und das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen sind Angelegenheiten, die den Frieden und die Sicherheit aller Länder in der Welt betreffen, und einige wenige nukleare Länder haben kein Recht, die Mehrheit der Länder beiseite zu schieben und eigenmächtig eine Konferenz abzuhalten, um Angelegenheiten von so großer Bedeutung zu untersuchen und über sie zu entscheiden.'

Niemals, so wird betont, wird die Volksrepublik China eine 'nukleare Supermacht' werden, die die Politik des Kernwaffenmonopols, der nuklearen Bedrohung und nuklearen Erpressung betreibt. Zu keiner Zeit wird China jemals einwilligen, hinter dem Rücken der Nichtnuklearländer an den sogenannten Verhandlungen über nukleare Abrüstung zwischen den nuklearen Mächten teilzunehmen.

In der Erläuterung des chinesischen Standpunktes heißt es:

'Erstens tritt die chinesische Regierung seit jeher für das allseitige Verbot und die völlige Vernichtung der Kernwaffen ein,

zweitens hat die chinesische Regierung vielmals erklärt, daß China zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen einsetzen wird,

drittens ist die chinesische Regierung immer dafür gewesen, eine Gipfelkonferenz aller Länder der Welt abzuhalten, um die Frage des allseitigen Verbots und der restlosen Vernichtung der Kernwaffen zu diskutieren und als ersten Schritt ein Abkommen über die Nichtanwendung von Kernwaffen zu erreichen.'

In einem Gegenvorschlag heißt es: 'Die chinesische Regierung ist der Meinung, um das allseitige Verbot und die restlose Vernichtung der Kernwaffen zu verwirklichen, sollten die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die große Mengen von Kernwaffen besitzen, getrennt oder gemeinsam Erklärungen abgeben, um offen die Verpflichtung zu übernehmen, zu keiner Zeit und unter keinen Umständen als erster Kernwaffen einzusetzen und alle auf den Territorien anderer Länder errichteten nuklearen Basen zu schleifen, sowie die auf anderen Territorien gespeicherten Kernwaffen und die auf ihnen stationierten nuklearen Streitkräfte in ihre eigenen Länder abzuziehen. Ob dies durchgeführt wird oder nicht, ist eine Beweisprobe dafür, ob sie den Wunsch haben, die nukleare Abrüstung zu verwirklichen.'

Die Verwirklichung dieser Vorschläge der Volksrepublik China liegt im Interesse der Völker der ganzen Welt. (siehe auch den Kommentar: 'Die Gretchenfrage')

der strategischen Waffen noch laufen, wurde in Houston ein Abkommen über die Ausdehnung der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Weltraumfahrt abgeschlossen. Darin wurde zum Beispiel vereinbart, daß in Zukunft die Ankopplung amerikanischer Apollo-Kapseln an sowjetische Raumstationen ermöglicht wird. Dieses Abkommen, die SALT-Gespräche, der rege Delegationsaustausch von Wissenschaftlern zwischen beiden Ländern, die für den 12. Oktober vereinbarte Reise einer Abordnung des amerikanischen Kriegsministeriums nach Moskau (der ersten seit 1945), das Öffnen der Türen aller wissenschaftlichen Forschungs-Institutionen zeigen, daß es zwischen den sowjetischen Sozialimperialisten und den USA-Imperialisten keine Geheimnisse mehr gibt. Ein Herz und eine Seele, wenn es um den Austausch von technologischen Daten hinsichtlich der weiteren Perfektionierung ihres Kernwaffenarsenals geht.

Das ist die Haltung der Leute, die von Weltfrieden, Völkerverständigung und Abrüstung schwafeln, die Haltung der Chruschtschowisten im Kreml, deren Stammvater inzwischen verblichen ist, die Ende der fünfziger Jahre der Volksrepublik China die vereinbarte Übergabe von Plänen für die Herstellung von Kernwaffen verweigerten. Ihre Zusammenarbeit mit den USA-Imperialisten dient der Koordinierung des Wettrüstens und der militärischen Tätigkeit gegen die revolutionären Kräfte, die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der Welt.

Disziplin. Dauernd kommt es zu Generalstreiks. Das ist ausgesprochen 'linkes Abenteurertum'. Erlaubt sei ein Generalstreik aus marxistischer Sicht nur, entweder kurz vor der Revolution oder einer faschistischen Machtergreifung. Beides stünde in Italien nicht bevor. Das war selbst der revisionistisch-reformistischen italienischen Gewerkschaft CGIL zuviel. Empört lehnte sie eine derartig 'schematische Sicht' und 'absolute Ignoranz' ab. Die italienische Arbeiterklasse aber wird sich von den Revisionisten kaum belehren lassen, wann sie Generalstreiks durchführen soll und wann nicht.

Der vierte und letzte Artikel 'Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage' kann aus technischen Gründen erst in der nächsten Ausgabe des ROTEN MORGEN erscheinen. Wir bitten um Verständnis.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der
KOMMUNISTISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS
MARXISTEN-LENINISTEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust; Verlag: Roter Morgen GmbH, Westberlin; Druck: Wandsbeker Verlagsdruckerei, Hamburg; Redaktion: 2 Hamburg 71, Postfach 464; Vertrieb: D. Schneider, 2 Hamburg 19, Postfach 7654; Postscheckkonto: D. Schneider, Hamburg 336444; Erscheinungsweise: vierzehntägig; Einzelpreis: 50 Pfennig; Abonnement: Inland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto, Ausland 11,- DM für ein Jahr (26 Ausgaben) zuzüglich Porto. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Postscheckkonto zu bezahlen.

WORMSER STADTVERWALTUNG - HANDLANGER DER SHELL-KAPITALISTEN

Nördlich von Worms soll auf Wunsch der SPD-Stadtväter eine Erdölraffinerie der Shell-AG angesiedelt werden. Die Wormser Stadtverwaltung hält es für recht und billig, daß auch die Wormser Bürger endlich richtig in den Genuß giftiger Abgase kommen und die Weinbauern der Gegend ab 1975 eine neue Kostprobe anbieten dürfen: Schwefeldioxyd-Spätlese, naturtrüb.

Worms ist nicht der erste Standort, den sich die Shell-AG ausgesucht hat. Im Landkreis Mainz wurde ihr wegen Gefahr der Luftverschmutzung eine Ansiedlung verboten. Im Landkreis Groß-Gerau verhinderte der Widerstand der Bevölkerung die Ansiedlung. Nun sollen die Bürger aus Worms und Umgebung dran glauben.

Denn die Shell-AG hat in der Wormser Stadtverwaltung willige Handlanger gefunden, die vor nichts zurückschrecken, damit sich die Shell-Kapitalisten in Worms einnisten und ihre Profite machen können.

Monatelang hielt die Stadtverwaltung dieses Projekt geheim und arbeitete mit der Shell-AG hinter verschlossenen Türen einen Geheimvertrag aus, der Worms zum Goldesel für die Shell-AG macht. Nur einem unbekannten Beamten der Stadtverwaltung, der die gewissenlosen Praktiken der Stadtväter nicht mitmachen wollte, ist es zu verdanken, daß der Geheimvertrag ans Licht kam. Nach Bekanntwerden dieses Geheimvertrages hat sich ein Bürgerkomitee gebildet, das sich aus empörten Bürgern zusammensetzt und sich zum Ziel gesetzt

angewiesen. Eine Verseuchung des Trinkwassers durch Raffinerien ist aber längst wissenschaftlich erwiesen, wenn auch die von der Shell bezahlten 'Sachverständigen' das Gegenteil behaupten. Konsequenz ist, daß Worms in Zukunft sein Trinkwasser woandersher beziehen muß, unter Umständen aus der Schweiz. Der Kubikmeterpreis des Wassers wird sich dann um 320 % erhöhen. Die Bevölkerung darf also nicht nur mit ihrer Gesundheit, sondern auch mit ihrem Geldbeutel für die Shell-Ansiedlung bezahlen.

Mit heuchlerischen und widersinnigen Stellungnahmen ('Die Wasserschutzzone ist eigentlich gar keine Wasserschutzzone') hat sich inzwischen das Wasserwirtschaftsamt als treuer Vasall des Kapitals erwiesen. Die Behörde, die für den Schutz des Trinkwasservorkommens zuständig ist, hat nichts dagegen, daß das Trinkwasser von der Shell-Raffinerie verseucht wird !

Auch das andere Argument der Stadtverwaltung, 'Gewerbesteuereinnahmen', ist nur Dummenfang. Denn nach dem Geheimvertrag wird nicht die Shell-

Grund. Wer die Bedingungen kennt, unter denen die Shell-AG angesiedelt werden soll, der durchschaut, daß die SPD-Stadtverwaltung nach der Pfeife der Shell-Kapitalisten tanzt !

Wer weiß, ob nicht die verantwortlichen Herren durch neue Pöstchen daran profitieren. Im letzten Jahr haben wir erlebt, wie Bundestagsabgeordnete käuflich sind; warum sollte nicht auch ein Stadtverordneter zu kaufen sein.

Daß aus dem neuen Krankenhaus nichts wird, braucht den auch nicht zu stören, der – wie der für die Ansiedlung verantwortliche Wormser Baudezernat Hirschbiel – sich im Krankenhaus ein Zweibettzimmer auf Privatstation für sich alleine auf Kosten der Stadt reservieren ließ.

Die Gewerkschaft, die Zwillingsschwester der SPD, bläst ins selbe Horn. Wie inzwischen bekannt wurde, haben sich die Wormser Gewerkschaftsfunktionäre für die Ansiedlung der Raffinerie, also für die Luftverschmutzung und Trinkwasserverseuchung, ausgesprochen. **Daran sieht man, daß die 1. Mai-Parole ('Der Mensch im Mittelpunkt') nur Dummenfang war und daß bei den Gewerkschaften der Profit genauso im Mittelpunkt steht wie im ganzen Staat !**

Auch die Herren der anderen Parteien sind nicht besser. Als die Shell-Raffinerie in Hessen

vor allem wenn es um die Profite der Kapitalisten geht !

Auch die Wormser Presse, Werkzeug der Stadtverwaltung, spielt in dem Betrugsmanöver fleißig mit. Sie tut die berechtigten Sorgen der Bevölkerung als 'Panikmache' ab, diffamiert die Gruppen der Bevölkerung, die den Kampf gegen die Stadtverwaltung aufgenommen haben, als 'unsachlich', 'emotional' und stellt sie in die Nähe von Rowdys. In ihren Zeitungsspalten druckt sie die Lügen der Stadtverwaltung und der Shell-Direktoren ab. Sie tut alles, um den Kampf der Bevölkerung gegen den Kuhhandel der Wormser Stadtväter Kuhfuß, Hirschbiel & Co. abzuwürgen.

Mit diesem Bündnis (Stadtverwaltung-Gewerkschaft-Presse) versucht die Shell-AG sich mit ihrer **Raff**inerie in Worms einzunisten und auf Kosten der Wormser Bevölkerung noch höhere Profite zu **raffen** !

Die Stadtverwaltung unternimmt alle Anstrengungen, um das Bürgerkomitee mundtot zu machen. Das Bürgerkomitee führt den Kampf der Wormser Bürger gegen die Stadtverwaltung und die Shell-Ansiedlung. Es hat bereits mehr als 5000 Bürger aus Worms und Umgebung mobilisiert, mit Unterschrift ihren Protest gegen das Komplott der Stadtverwaltung mit der Shell-AG auszudrücken. In einer Stadtratssitzung diffamierte OB Kuhfuß Mitglieder des Bürgerkomitees als 'Leute

nicht davor zurück, das Recht auf freie Meinungsäußerung einzuschränken !

Die OG Worms der KPD/ML nimmt die geplante Ansiedlung der Shell-Raffinerie zum Anlaß, den Marxismus-Leninismus zu verbreiten. In bisher zwei Flugblättern haben wir den Massen gezeigt, daß die Umweltverschmutzung ihre Wurzeln in der kapitalistischen Produktionsweise hat und eine Erscheinungsform des verbrecherischen Wesens des kapitalistischen Systems ist. Wir zeigen den Massen, daß nicht nur in Worms Behördenwillkür und Korruption in der Stadtverwaltung herrscht, sondern daß der ganze Staatsapparat ein Instrument der Kapitalisten ist, ihre Interessen durchzusetzen. Wir weisen nach, daß nur durch den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats die Produktion in den Dienst des Volkes gestellt werden kann und auch die 'Industrieabfälle', die im Kapitalismus verschwendet werden und die Umwelt vergiften, zu sinnvoller Weiterverarbeitung ausgenutzt werden können. Durch die Erstellung einer Propagandabroschüre und durch Propagandaveranstaltungen in Worms und Umgebung wollen wir den fortschrittlichen Kräften in Worms diese Zusammenhänge genau beleuchten.

Außerdem unterstützen wir

setzt und sich zum Ziel gesetzt hat, die Schandtaten der Stadtverwaltung aufzudecken und die Ansiedlung der Raffinerie zu verhindern.

Inzwischen sind die Anstrengungen aller Fraktionen des Wormser Stadtrates darauf gerichtet, die Person herauszufinden und vor den Kadi zu schleppen, die den Geheimvertrag ans Licht grachte. Die Stadtratsmitglieder, die mit dem Vertrauen der Bevölkerung Schindluder treiben, zetern über 'Vertrauensverlust', den die Stadtverwaltung als Verhandlungspartner für die Kapitalisten erlitten hat. Das Vertrauen der Kapitalisten ist diesen Elementen wichtiger als das Wohl der Bevölkerung.

Um ihre dunklen Machenschaften zu tarnen, will die Stadtverwaltung der Bevölkerung die Ansiedlung der Raffinerie mit dem Hinweis auf 'neue Arbeitsplätze' und 'höhere Gewerbesteuereinnahmen' schmackhaft machen. Daß eine moderne Raffinerie nur ein paar Dutzend Arbeitsplätze von der Putzfrau bis zum Abteilungsleiter zur Verfügung hat, verschweigt sie geflissentlich.

So hat sie auch geschwiegen, als in Worms zwei Betriebe stillgelegt wurden, weil die Kapitalisten es vorzogen, ihre Betriebe in 'Entwicklungsländern' aufzumachen und über 500 Arbeiter auf die Straße setzten.

Die Sorgen der Bevölkerung wegen der zu erwartenden Luftverpestung und Schädigung der Landwirtschaft stört sie genausowenig, wie die Tatsache, daß die Shell-AG ihr Werk auf dem letzten großen rheinhessischen Trinkwasserreservoir errichten will, das zugleich Wasserschutzzone ist!

Worms ist langfristig auf das Wasservorkommen dieser Zone

AG geschröpft, sondern der Stadthaushalt.

Dauernd jammert die Stadtverwaltung den Bürgern etwas vor, wegen der schlechten Finanzlage der Stadt und schiebt den Krankenhausbau, den Bau neuer Schulen usw. auf die lange Bank. Für die Shell-AG fehlt es aber plötzlich nicht mehr an Geld.

In dem Geheimvertrag zwischen der Stadt und der Shell-AG ist festgelegt: Straßen, Brücken, Wasser- und Stromleitungen usw. sollen von der Stadt für die Shell-AG gebaut und gelegt werden. Auch ein Hafen muß errichtet werden auf Kosten der Stadt zur Nutzung der Shell-AG, der alleine schon 60–80 Millionen Mark kostet.

Der Kaufpreis für das gesamte vorgesehene Gelände (600 ha) darf insgesamt 10 DM pro qm nicht überschreiten. Von dem vorgesehenen Gelände gehören 20 ha der Stadt, 580 ha Privatleuten, in der Hauptsache Bauern. Man kann sich vorstellen, wieviele Millionen die Stadt der Shell-AG noch zuschustern muß, wenn die Bauern ihr Land für mehr als 10 DM pro qm verkaufen.

Die Stadtverwaltung plant sogar in dem Geheimvertrag Enteignungsverfahren gegen die betroffenen Bauern einzuleiten, damit die Shell billig und schnell an das Land kommt. **So sieht der 'soziale Rechtsstaat' aus, von dem die SPD dauernd schwafelt !**

Der Gipfel des Betruges ist der Geheimpassus im Vertrag, mit dem sich die Stadt verpflichtet, den Bürger hinters Licht zu führen: Das Projekt soll so lange wie möglich vertraulich zu behandeln.

Das hat natürlich seinen

angesiedelt werden sollte, hat der rheinlandpfälzische Ministerpräsident Kohl von der CDU beim hessischen Ministerpräsidenten energisch protestiert und auf die Gefahren der Luftverschmutzung hingewiesen. Vier Wochen später war er plötzlich dafür, daß die Shell-AG nach Rheinland-Pfalz kommt. Von Luftverschmutzung war keine Rede mehr. **Daran sieht man, welche Korruption im ganzen Staatsapparat herrscht und wie doppelzüngig die Politiker sind,**

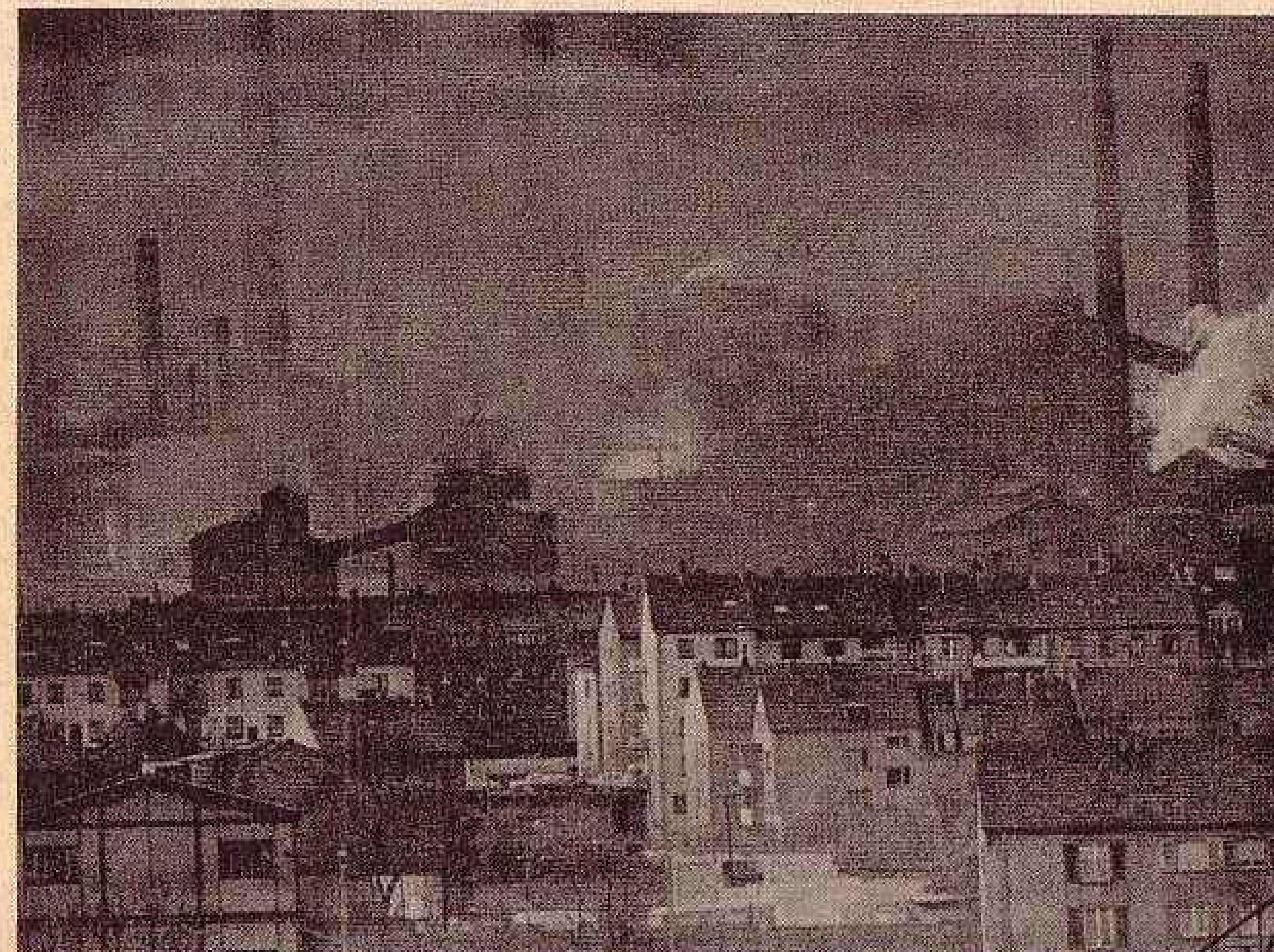
aus der Gosse'. Will das Bürgerkomitee einen Informationsstand machen, so schränkt die Stadtverwaltung seine Bewegungsfreiheit durch viele Auflagen ein. Ein Stand nach dem anderen wird mit fadenscheinigen Argumenten ('verkehrstechnische Gründe') verboten; Polizei rückt an, um die Stände zwangsweise zu räumen. So unterdrückt die SPD-Stadtverwaltung unliebsame Meinungen der Bevölkerung. **Die, die dauernd die 'Demokratie' im Munde führen, schrecken**

den Kampf der Wormser Bevölkerung gegen die Ansiedlung der Shell-Raffinerie. In dem Bürgerkomitee, das diesen Kampf anführt, sitzen auch viele liberale und schwankende Bürger, die sich allzuleicht von der Stadtverwaltung ködern lassen. Deshalb ist ein Genosse von uns Mitglied des Bürgerkomitees und hat die Aufgabe, die Linie des kompromißlosen Kampfes gegen die Einheitsfront Stadtverwaltung–Shell–Gewerkschaft–Presse durchzusetzen.

UMWELTVERSCHMUTZUNG

FOLGE DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTION

Die Umweltverschmutzung ist keineswegs, wie die bürgerliche Propaganda behauptet, 'Tribut des technischen Fortschritts'. Umweltverschmutzung ist eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise, eine Folge der Verschwendungswirtschaft des Kapitals. In der kapitalistischen Wirtschaft, wo die Produktion auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der Ausbeutung der Arbeiterklasse beruht, herrscht ein scharfer Konkurrenzkampf unter den Kapitalisten. Jeder sucht dem anderen seinen Marktanteil streitig zu machen und ihn aus dem Felde zu schlagen. Natürlich ist dabei der im Vorteil, der billiger als die anderen produziert. Immer wieder die Produktionskosten ihrer Waren zu senken, das ist das gebieterische Gesetz, das die kapitalistische Konkurrenz den Kapitalisten auferlegt.



'SCHÖNE AUSSICHTEN' FÜR WORMS

Dazu haben die Kapitalisten die 'Entwicklungsländer' zu ihren Rohstoffanhängseln gemacht. Dort fördern sie die Rohstoffe auf die billigste Art, nämlich durch ungeheure Ausbeutung der dortigen Arbeitskräfte. Daß die Kapitalisten 'Industrieabfälle' verschwenden und damit die Umwelt vergiften, kommt also daher, daß für die Kapitalisten die Rohstoffausplünderung billiger ist als die 'Abfall'-aufbereitung. Die Verschwendung der 'Industrieabfälle' ist erkauft mit der Unterjochung der Rohstoffländer und dem Elend von Millionenmassen. Zwar enthält jeder 'Industrieabfall' wichtige Rohstoffe und Ausgangsprodukte für weitere industrielle Produktion; zwar kann man jeden 'Industrieabfall' umgestalten in ein nützliches Produkt. Unter der Herrschaft

Fortsetzung nächste Seite

DOLLARKRISE

Fortsetzung von Seite 1



Der Dollar nicht mehr Leitwährung

Seit dem 2. Weltkrieg war der Dollar das Symbol der Wirtschaftsvorherrschaft des USA-Imperialismus in der kapitalistischen Welt. Die USA hießen auch 'Dollar-Imperium'. Während des 2. Weltkrieges hatte der USA-Imperialismus riesige Kriegsgewinne eingestrichen und einen Großteil der Goldbestände der kapitalistischen Welt zusammengerafft. Auf der Grundlage dieser überlegenen Position zwang er 1944 noch vor Kriegsende die übrigen kapitalistischen Länder, die durch den Krieg gegen den Hitlerfaschismus an den Rand des Abgrundes geraten waren, im Währungsabkommen von Bretton Woods, den Dollar als Leitwährung anzuerkennen. Künftig sollte der Dollar dieselbe Rolle spielen, wie vorher das Gold, d.h. der Dollar war an Gold ge-

1971/72 sind 111 Mrd. Dollar eingeplant. Insgesamt belaufen sich die bisherigen Kriegsausgaben des USA-Imperialismus seit dem 2. Weltkrieg auf über 1100 Mrd. Dollar. Alle Versuche des USA-Imperialismus, diese Ausgaben durch verschärfte Ausplünderung anderer Völker zu decken, brachten ihn nur in erneute Schwierigkeiten und steigerten die Gegenwehr der Völker. Die ursprüngliche wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber der durch den Weltkrieg geschwächten kapitalistischen Welt schwand immer mehr. Daran änderte auch das Bemühen des USA-Imperialismus, sie an den Kosten seiner Weltgendarmrolle zu beteiligen, wenig. Die Goldreserven, die bei Kriegsende noch rund 24,6 Mrd. Dollar gedeckt hatten, reichen heute gerade noch für 9,7 Mrd. Dollar

Da der Dollar wegen des Niederganges der USA-Wirtschaft nicht mehr das Vertrauen von ehedem auf dem Weltmarkt genießt, kann die geringste Erregung zu einem Ansturm auf die Banken führen, weil jeder Kapitalist seine Dollars in Gold oder eine gesicherte Währung eintauschen will. Seitdem die Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam absehbar ist, d.h. seit Mai dieses Jahres, ist die Betriebsamkeit an den westeuropäischen und den japanischen Geldmärkten immer hektischer geworden. Ein Land nach dem anderen versuchte, ihre Dollarreserven in Gold umzutauschen, so wie es vor einigen Jahren schon de Gaulle gemacht hatte. Die Folge: Der Dollarpreis sank immer mehr herab und wird heute nur noch für 3,37 DM gehandelt – früher:

Der westdeutsche Imperialismus noch immer treuer Vasall des USA-Imperialismus

Die Folge dieses seitens des USA-Imperialismus vorgenommenen Bruches des Abkommen von Bretton Woods, wodurch er einfach Milliardenbeträge von Dollars vor die Tür setzte, war, daß die Dollarbesitzer versuchten, Dollars massenweise in andere Währung einzutauschen, um über diesen Umweg an Gold zu kommen. Damit überschwemmte plötzlich der Dollar die übrigen Geldmärkte, sein Wert jedoch war dadurch nichts mehr gewährleistet Die Banken sahen sich genötigt, Dollars nicht mehr entgegenzunehmen. Damit war das kapitalistische Weltwährungssystem zu Bruch gegangen. Während Frankreich versuchte, durch die Devisenzwangsbewirtschaftung eine Aufwertung des Franc gegenüber dem Dollar zu verhindern, damit die französischen Exporte in die USA nicht verteüert würden, gab die Bundesregierung die Wechselkurse frei.

Bisher haben alle deutschen Regierungen gemeinsame Sache mit 'unseren Befreiern und Beschützern' gemacht. Sie kauften von ihnen für Milliarden DM wertlose Rüstungsgüter, ließen sie westdeutsche Fabriken aufkaufen, und die Bundesbank kaufte für 75 Mrd. DM den USA Dollars ab. Als Gegenleistung dafür unterstützten die USA-Imperialisten die westdeutschen Imperialisten beim Aufbau ihrer Fabriken. Unter dem Schutz des USA-Imperialismus wurde so gegen den Willen der westdeutschen Arbeiterklasse der westdeutsche Imperialismus aufgebaut. Heute haben die Thyssen, Mannesmann, BASF usw. ein eigenes kleines Weltreich für rund 20 Mrd. DM errichtet. Die Milliarden preßten sie aus den Knochen der westdeutschen Arbeiter, die jahrelang im Vergleich zu den übrigen Arbeitern Westeuropas und der USA unterbezahlt waren und auch jetzt noch sind. Ist der Zeitpunkt gekommen, wo sich die westdeutschen Imperialisten stark genug fühlen, mit dieser Kumpanei Schluß zu machen ? Nein ! Noch sind die westdeutschen Imperialisten auf die 'Schutzmacht' USA angewiesen. Noch müssen sie die Stationierungskosten zahlen, und Devisenausgleichsummen, durch die sie sich an den Kosten des Vietnamkrieges beteiligen, und die sie selbstverständlich ebenfalls aus den Arbeitern pressen.

Importdrosselung

Ein weiterer harter Schlag für die übrigen kapitalistischen

rund 22% auf den Maschinenbau, 19% auf die Blech- und

d.h. der Dollar war an Gold gebunden, die übrigen Währungen an den Dollar. Die Kriegspolitik des USA-Imperialismus, insbesondere der Vietnamkrieg, verschlang Unsummen an Geld und brachte die amerikanische Wirtschaft an den Rand des Ruins. So geben die USA im Haushaltsjahr 1964/65 rund 50 Mrd. Dollar für die Rüstung aus, 1969/70 war der Rüstungsetat auf über 80 Mrd. Dollar gestiegen, für gerade noch für 9,7 Mrd. Dollar, zugleich aber hat der USA-Imperialismus kruzfristige Schulden in aller Welt in Höhe von rund 50 Mrd. Dollar, d.h. über 40 Mrd. Dollar sind ungedeckt. Allein 30 Mrd. Dollar befinden sich z.Z. im Besitz ausländischer Zentralbanken, besonders der Bundesbank, sind also jederzeit der Einlösung in Gold ausgesetzt.

[illegible] DM gesunken – früher 4,20 DM –, der Goldpreis dagegen ging im gleichen Zeitraum in die Höhe.

Die Nixon-Regierung sah sich dabei genötigt, am 15. August eine vorübergehende Einstellung von Dollar in Gold zu veranlassen. Damit wurde die Bindung des Dollars an Gold, die in der Praxis schon vorher zur Farce geworden war, endgültig aufgegeben.

Länder, insbesondere für Japan, aber auch für Westdeutschland, ist die Importsteuer von 10%. Japan hat bisher den höchsten Anteil seiner Exporte in die USA geliefert, Westdeutschland immerhin rund 10%, überwiegend Stahlprodukte. Von den 2,7 Mrd. DM USA-Exporten eines Landes wie Nordrhein-Westfalen, das besonders hart betroffen ist (25% aller westdeutschen Exporte an die USA), entfallen Drahtindustire, 12% auf die Autoindustrie. Die Folge: Die Kapitalisten hierzulande laden die Auftragsrückgänge auf die Arbeiterklasse ab, sie führen Kurzarbeit ein und nehmen Entlassungen vor. Schiller verkündet, daß die USA-Maßnahmen ihm für die Lohndrückerei als 'Argument' hochwillkommen sei-



UMWELTVERSCHMUTZUNG

FOLGE DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTION

Fortsetzung von Seite 3

der kapitalistischen Produktionsweise aber sind 'Abfälle' wertloses Zeug.

Die deutsche Aluminiumindustrie beispielsweise will in den nächsten Jahren mehrere 100000 Tonnen Rotschlamm in der Nordsee versenken, was den Fischhaushalt ernsthaft gefährdet. Rotschlamm ist ein eisenhaltiges 'Abfallprodukt' bei der Aluminiumherstellung. Jederzeit könnte man daraus Stahl gewinnen. Doch dieses Verfahren ist teurer als die Ausplünderung der Eisenerzvorkommen in der Welt.

Riesige Mengen Schwefeldioxyd verlassen täglich die Schlote der chemischen Industire und vergiften die Umwelt. Aus Schwefeldioxyd läßt sich Schwefelsäure gewinnen, die für die chemische Industrie wichtigste Säure. In China werden die Schwefeldioxyd-Abgase der Ölraffinerien durch Rohrleitungen in nahegelegene chemische Fabriken zugeführt. Dort werden die Abgase gespalten und gereinigt und man erhält aus diesen schädlichen Abgasen verschiedene Gase, wie Äthylen, Propylen, Buten u.a. Nach ihrer Synthese werden diese Gase in vielfältige Ausgangsprodukte für die chemische Industrie verwandelt.

Auch den 'Arsenschlamm', der gerade in Nordrhein-Westfalen das Grundwasser vergiftet, enthält wertvolle Bestandteile, z.B. große Mengen Blei und Calzium. Für die Kapitalisten ist es aber nichts anderes als 'Abfall', da sie ihre Bleierze viel billiger und in viel größerem Umfang woandersher beziehen, nämlich aus ihren Rohstoffgebieten, wo sie die Arbeitskräfte zu einem Hungerlohn ausbeuten.

Die Abfallaufbereitung ist den Kapitalisten ein zu kostspieliges und kompliziertes Geschäft in ihrem Kampf mit der Konkurrenz um neue Marktanteile. Für die Kapitalisten ist die Abfallaufbereitung Arbeitskraftverschwendung. Auf der einen Seite produzieren sie täglich wachsenden Müll und Abfall, aus dem wichtige Produkte gewonnen werden könnten. Auf der anderen Seite schaffen sie ein ständiges Heer von Arbeitslosen, dazu verdammt, keine gesellschaftlichen Werte produzieren zu können.

Viele Bürger, unter anderen auch die DKP-Revisionisten, erhoffen sich die Lösung des Problems durch Kläranlagen oder Filter, die die giftigen Abfälle auffangen oder ungiftig machen sollen. Verschiedene Unternehmen haben damit bereits begonnen; der Staat will in den nächsten fünf Jahren aus Steueraufkommen der Werktätigen 30 Mrd. DM dafür ausgeben. Doch das ist Verschwendung in anderer Form. Da die Stoffe nicht ausgenutzt werden können im Kapitalismus, muß noch Geld und Arbeitszeit dafür ausgegeben werden, sie unschädlich zu machen: der Abfall bleibt Abfall, er wandelt nur seine Form - eine doppelte Verschwendung.

Genauso, wie das Volk die Kosten tragen muß, die beim Transport der arsenhaltigen Fässer von den Müllhalden an 'sichere' Orte angefallen sind, soll das Volk dafür bezahlen, daß die Kapitalisten ihre Verschwendung auf ungiftigem Weg durchführen können.

Die DKP-Revisionisten liegen dabei ganz auf der Linie des bürgerlichen Staates. Sie fordern Filter und Kläranlagen und Gesetze vom Staat. Sie kämpfen nicht gegen die Wurzel des Übels, die kapitalistische Produktionsweise, sie kämpfen für 'saubere Abfälle'. Sie fordern die Verschwendung gesellschaftlicher Werte nicht in giftiger, sondern in ungiftiger Form. Sie wollen nicht bloß, daß die Kapitalisten ihren Industriemüll verpulvern, sie wollen, daß er in der rechten Form verpulvert wird. Sie zeigen den Massen nicht die Fäulnis und das verbrecherische Wesen des ganzen Systems samt Staatsapparat, sondern sie kämpfen für Reformen in diesem System. Sie appellieren, 'im Interesse der Bürger zu handeln'. Sie führen die Massen in die Irre und züchten Illusionen über das Wesen des Systems. Sie zeigen den Massen nicht den richtigen Weg zur Befreiung, sondern den falschen: im Staat um den Staat ringen, 'Zurückdrängung der Monopole' durch 'höhere Besteuerung der Großunternehmen'.

Wir aber müssen den Massen zeigen, daß man, um die Umweltverschmutzung und die Verschwendung abzuschaffen, den Kapitalismus stürzen muß.

Will man den Kapitalismus stürzen, so muß man den Staatsapparat der herrschenden Klasse zerschlagen; denn kraft der Staatsgewalt wird die ökonomisch herrschende Klasse zur politisch herrschenden. Der Staatsapparat dient den Kapitalisten dazu, mit Gesetzen, Polizei und Armee die Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten und über das Volk zu herrschen. Er dient den Kapitalisten dazu, überall die besten Bedingungen zur Ausbeutung der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes zu sichern.

Nur wenn das Volk unter Führung der Arbeiterklasse dieses Instrument der Ausbeuter zerschmettert und die Arbeiterklasse ihre Diktatur errichtet zur Niederhaltung und Unterdrückung der jetzigen Ausbeuter, kann sich das Volk befreien und Schluß machen mit Verschwendung, Umweltverschmutzung und den kapitalistischen Krisen.



en. Das deutsche Volk soll geradestehen für eingeschränkte Profitmöglichkeiten der westdeutschen Imperialisten, die sich auf dem Weltmarkt verstärkter Konkurrenz und Jagd nach neuen Absatzmärkten ausgesetzt sehen. Die allgemeine Krise des Imperialismus trifft bei uns mit der wiederkehrenden Überproduktionskrise zusammen, wodurch sich die Lage verschärfen wird.

Lohnstopp

Was bedeuten diese Maßnahmen Nixons für die amerikanische Arbeiterklasse ? Seit Jahren wächst in den USA die Arbeitslosigkeit. Sie erreicht heute über 10 % der arbeitsfähigen Bevölkerung. Von den afroamerikanischen Proletariern ist heute jeder dritte ohne Beschäftigung. Die jährliche Inflationsrate von 10 % frißt die bisherigen Lohnerhöhungen glatt auf. Als voriges Jahr die Arbeiter von General Motors streikten, verlangten sie statt 4 Dollar 5 Dollar Stundenlohn, um gestiegene Miet- und Lebenshaltungskosten ausgleichen zu können. Sie erhielten jedoch nur 40 Cents mehr, weil die Automobilgewerkschaft sie trotz langandauernden Streiks, der General Motors in die Knie zu zwingen drohte, verkauft hat. Von der Importsteuer profitiert natürlich besonders General Motors und Ford, die sogar ihre Aufträge in Westdeutschland gesteigert haben. Nixon selbst gab zu, daß durch die Inflation (die er 'eine der grausamsten Erbschaften des Vietnamkrieges' nannte) 'rund 80 Millionen Lohnempfänger .... in die Tretmühle geraten sind .... Nichts

erst 90 Tage verboten sein. Jedoch lassen sich die amerikanischen Arbeiter nicht mehr so ohne weiteres an die Kandare nehmen. Hafenarbeiter, Bauarbeiter und andere traten in den Streik, ohne daß die Nixon-Regierung es bisher gewagt hätte, ihre Drohungen wahr zu machen. Dennoch stehen Nationalgardisten, die bei der Gefängnisrebellion in Attica ihre Fähigkeiten gerade erneut unter Beweis gestellt haben (siehe Artikel dazu), für alle Fälle bereit. Ihr Vorgehen gegen 'Kriminelle' soll die Arbeiter warnen.

Auch bei uns ?

Was bedeutet die Wirtschaftskrise der USA für uns ? Wie schon gesagt, versuchen die westdeutschen Kapitalisten, die ihnen durch die USA-Krise entstandenen Verluste (auch jene, die gar keine Verluste erleiden, schreien, jammern und stimmen in den Chor ein), auf die Arbeiterklasse abzuwälzen. Sie sagen, daß wir – obwohl die Preise ständig steigen – keine oder nur minimale Lohnforderungen, die praktisch auf Lohnkürzungen hinauslaufen, stellen dürfen. Sie sagen: Die Krise droht, jetzt müssen wir alle zusammenhalten. Die Hamburger Genossen unserer Partei sagten in einem Flugblatt zur anstehenden Metalltarifrunde dazu:

Die KPD/ML tritt selbstverständlich für die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter

im Kapitalismus ein. Aber prinzipiell ist die Abschaffung des Kapitalismus wichtiger als der sogenannte 'Wohlstand' im Kapitalismus. Da wir für die Abschaffung des Kapitalismus sind, fürchten wir seine Krisen nicht. Denn je mehr Krisen, desto morscher wird er. Je tiefer er in der Krise steckt, desto stärker werden ihn die Schläge der Arbeiterklasse erschüttern. Statt uns vor den Krisen Angst einjagen zu lassen, müssen wir in ihnen die Chance erblicken, die lebenslange Lohnsklaverei über Bord zu werfen.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus ? Unser Lohn wurde noch niemals danach berechnet, was die von uns produzierten Güter den Unternehmern einbrachten. Wenn die deutschen Kapitalisten auf dem Weltmarkt weniger Profite erzielen, dann ist das ihre Sache. Genauso, wie sie es als ihre Sache betrachteten, als die Profite in den 50ger und 60ger Jahren raketenartig in die Höhe schossen. Unsere Löhne sind noch niemals mit den Profiten der Unternehmer gestiegen Bis jetzt haben wir das Argument noch von keinem Unternehmer gehört: 'Eure Löhne müssen steigen, weil meine Profite steigen.' Deshalb, Kollegen, werden wir ihnen eher die Faust aufs Auge drücken, als kleinbeizugeben, wenn die Löhne zurückgehen sollen, weil die Profite sinken !



RICHTIGSTELLUNG

Bündnis mit der DKP ?

In dem Artikel 'Antifaschistischer Kampf und Parteiaufbau' im letzten ROTEN MORGEN ist ein Fehler in der Frage von Bündnissen mit der DKP unterlaufen. Wir nehmen dies zum Anlaß, erstens diesen Fehler zu korrigieren und zweitens, den Beschluß des Zentralkomitees, der in Nr. 2/71 des ROTEN MORGEN falsch und dogmatisch interpretiert wurde, korrekt zu erläutern.

1.) In dem Artikel 'Antifaschistischer Kampf und Parteiaufbau' heißt es:

In der Praxis sieht es nämlich so aus, daß die DKP selten allein antifaschistische Aktionen durchführt. In der Regel beteiligen sich an solchen Aktionen verschiedene antifaschistische Gruppen in Form eines taktischen Bündnisses. Allein diese Tatsache stellt bereits einen Grund dar, in ein Bündnis mit der DKP einzutreten.

Das ist falsch. Allein 'diese Tatsache' stellt überhaupt noch keinen Grund dar, ein Bündnis mit der DKP (gemeint ist die Führung) einzugehen.

Denn dann können wir sowohl vor den anderen Gruppen unsere Linie im antifaschistischen Kampf propagieren und durchsetzen, als auch den Opportunismus der DKP entlarven.

Dazu: Unsere Linie propagieren und den Opportunismus der DKP entlarven kön-

'Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie', sagt Lenin, 'einen Krieg, der hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der hartnäckigste der gewöhnlichen Kriege zwischen Staaten, und dabei im voraus auf Lavieren, auf die Ausnutzung der (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätze zwischen den Feinden, auf Verständigungen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiliger, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten verzichten - ist das nicht eine über alle Maße lächerliche Sache ?'
(Ausgewählte Werke, Band II, Seite 715)

Der Parteibeschluß, nicht so, wie im ROTEN MORGEN ausgeführt, besagt folgendes:

Wir lehnen es zur Zeit ab, wo der Kampf gegen den Revisionismus wichtigste Bedingung und Voraussetzung zur Gewinnung der fortschrittlichsten Arbeiter ist und die KPD/ML politisch und organisatorisch noch schwach ist, ab, Bündnisangebote an die DKP-Führung zu machen. Es gibt zur Zeit auch nichts, was uns dazu zwingt.

Wenn wir zum Beispiel zu Aktionen gegen die Neonazis aufrufen, werden wir selbst-

in ihrem Leben verbesserte sich'. Trotzdem wollte Nixon die Ursache der erheblichen Preissteigerungen den Lohnerhöhungen zuschreiben und verkündete daher einen Lohn- und Preisstopp. Während er aber alles unterläßt, was wirklich die Preise kontrollieren könnte (mit Ausnahme der Mieten), werden Maßnahmen zur Durchsetzung des Lohnstopps ergriffen. Streiks sollen auf vor-



nen wir auch, oder besser noch, ohne mit der DKP ein Bündnis einzugehen.

Diese Möglichkeit würden wir uns restlos verbauèn, wenn wir mit der Forderung, antirevisionistische Losungen propagieren zu dürfen, der DKP einen Anlaß böten, entweder das Bündnis unter Protest zu verlassen oder uns zu isolieren.

Dazu: Wir bieten zur Zeit der DKP überhaupt kein Bündnis an. Folglich kann die Frage auch nicht lauten 'antirevisionistische Losungen propagieren zu dürfen'. Hier zeigt sich die Tendenz zum prinzipienlosen Zurückweichen. Keinesfalls werden wir uns auf einen Prinzipienschacher mit den DKP-Revisionismus einlassen, weil sie drohen könnten, bei einer Demonstration nicht mitzumachen.

2.) Es ist klar, daß es die KPD/ML nicht von vornherein 'prinzipiell' und für immer ablehnen kann, 'Bündnisse mit Revisionisten auf organisatorischer Ebene einzugehen'. In der Praxis des Klassenkampfes kann es vorkommen, daß wir mit allen möglichen bürgerlichen Kräften Zweckbündnisse eingehen müssen.

verständlichen und antifaschistischen Kräfte zur Teilnahme auffordern. Kommt es zuvor zur Bildung eines Aktionkomitees der verschiedenen Organisationen, so werden wir die Hauptlosungen und das Ziel der Aktion durch ideologischen Kampf durchsetzen. Solche Losungen wären zum Beispiel 'Schlagt den Faschismus, wo ihr ihn trefft', 'Tod dem Faschismus' und 'SPD/FDP-Regierung – Wegbereiter des Faschismus'. Davon dürfen wir, nur um des Bündnisses willen, auf keinen Fall abgehen. Wer unter diesen Losungen nicht mitmarschieren will, soll es bleiben lassen. Die antifaschistischen Massen werden gerade unter diesen Losungen den Faschismus angreifen.

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG

Im letzten ROTEN MORGEN hat sich ein Setzfehler eingeschlichen. In dem Artikel 'Antifaschistischer Kampf und Parteiaufbau' auf Seite 4 gehört der eingerückte Absatz, der in der vierten Spalte oben (in dem Artikel oben) mitten in einem Satz beginnt, an den Schluß der Spalte (vor der nächsten Überschrift) und geht in der fünften Spalte weiter. Wir bitten um Entschuldigung.

KRITIK UND SELBSTKRITIK

DIE KPD/MARXISTEN-LENINISTEN MUSS DAS KLASSENBEWUSSTSEIN DER WESTDEUTSCHEN ARBEITERKLASSE ENTWICKELN!

Ökonomisten vergessen, 'daß die Initiative eben das Unbewußte (das Spontane) ist, dem die Sozialisten zu Hilfe kommen müssen, daß die 'ersten besten' Kampfmittel in der modernen Gesellschaft stets die trade-unionistischen Kampfmittel sind, die erste beste Ideologie aber die bürgerliche (trade-unionistische) Ideologie ist.'

Vom April bis Juni hat die KPD-Marxisten-Leninisten in die Tarifkämpfe der Chemie eingegriffen. Dabei hat sie in den meisten Fällen eine bürgerliche Politik durchgeführt. Diese Politik konnte sich um so leichter durchsetzen, als zentral eine klare Linie fehlte und auch durch den ROTEN MORGEN keine Anleitung erfolgte. Am Beispiel der Agitation und Propaganda in den Tarifgebieten Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sollen die Fehler und Abweichungen von der revolutionären Linie nun dargelegt werden. Der Beitrag dient dazu, noch einmal die Aufgaben der Partei klar herauszuarbeiten und den Kampf gegen den Rechtsopportunismus zu führen. Gerade der Kampf gegen den Rechtsopportunismus ist besonders wichtig, da allgemein der Rechtsopportunismus die Hauptgefahr für die Partei ist, und da auch im Zentralorgan sich eine rechtsopportunistische Tendenz zeigte. Somit ist die Untersuchung im LV Südwest ein Dokument im Kampf gegen den Rechtsopportunismus in der ganzen Partei.

ES WURDEN KEINE ALLSEITIGEN POLITISCHEN ENTHÜLLUNGEN ORGANISIERT.

Der Hauptfehler war, wir haben unsere Agitation hauptsächlich auf der Grundlage des ökonomischen Kampfes entfaltet. Wir haben keine allseitigen politischen Enthüllungen gebracht, damit letztlich nur den ökonomischen Kampf unterstützt und sind so in die Gefahr geraten, zu einer besseren bürgerlichen Gewerkschaft zu werden.

Wir haben die Gewerkschaften kritisiert, aber nur weil sie den ökonomischen Kampf der Kollegen nicht geführt haben, also weil sie nicht die richtigen Forderungen aufgestellt und den von den Kapitalisten gewünschten Abschluß durchgeführt haben. Die konterrevolutionären Aufgaben der Gewerkschaften haben wir nicht entlarvt: Daß die Gewerkschaften den Staat als etwas Neutrales hinstellen und somit verschleiern, daß der Staat ein Herrschaftsinstrument der Kapitalisten ist. Ihre antikommunistische Hetze im Dienst der Kapitalisten. Also allgemein ihre Aufgabe, die bürgerliche Ideologie in die Arbeiterklasse zu tragen.

Ähnlich ist es bei den DKP-Revisionisten. Zitat aus dem Roten Funken,unserer Betriebszeitung bei BASF Nr. 3: 'In ihrem letzten Flugblatt jammern die Möchtegernkommunisten, daß dieser Abschluß der Gewerkschaft schadet, und sie wollen uns immer noch weismachen, daß diese Verräterorganisation unsere Gewerkschaft sein soll.'–Dadurch, daß unsre Kritik wieder von dem Boden des ökonomischen Kampfes kommt, zeigen wir zwar, daß die Revisionisten mit den Gewerkschaften unter einer Decke stekken und somit die Interessen der Arbeiter verraten. Die Rolle der

Fortsetzung nächste Seite

der DKP, die Arbeiterklasse vom revolutionären politischen Kampf abzuhalten und zum bürgerlichen politischen Kampf zu führen, zeigen wir nicht. Und gerade das ist doch unsere Hauptaufgabe, die diese bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung haben.

Die Roten Betriebsgruppen haben wir als Gegengewerkschaft propagiert. 'Wenn wir in der nächsten Tarifrunde nicht wieder in den Sack gehauen werden wollen, dann brauchen wir zum Kampf gegen Konzernherren und Gewerkschaftsbonzen im Betrieb eine Führung. Ohne Führung verläuft dieser Kampf im Sande. Diese Führung muß die Rote Betriebsgruppe der KPD/ML werden !' Damit stellen wir den klassenbewußten Kollegen aus den Chemiebetrieben die Aufgabe, hauptsächlich den Kampf um günstigere Bedingungen des Verkaufs ihrer Arbeitskraft zu führen. Wir führen die fortschrittlichen Kollegen dann nur zum trade-unionistischen Kampf und somit in die Arme der Bourgeoisie. Lenin zu dem Problem:

'Heute ist es die Hauptaufgabe aller russischen Sozialisten und aller klassenbewußten russischen Arbeiter, diese Verschmelzung (zwischen Sozialismus und Arbeiterbewegung - Anm. d. Verfasser) dauerhaft zu machen, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (damals waren die Sozialdemokraten noch die wirklichen Revolutionäre - Anm. d. Verfasser) zu festigen und zu organisieren. Wer von dieser Verschmelzung nichts wissen will, wer künstlich eine Trennung zwischen der Arbeiterbewegung und der Sozialdemokratie herbeizuführen sucht, der bringt der Sache des Arbeitersozialismus nicht Nutzen, sondern Schaden.'

Und so ist es weiterhin kein Zufall, daß wir die Partei und ihre Ziele nicht propagiert haben. Da wir hauptsächlich den ökonomischen Kampf unterstützt haben, ging der revolutionäre Kampf aus den Augen verloren und somit auch die Partei.

es da nicht klar, daß wir unsere Aufgabe, das politische Bewußtsein der Arbeiter zu entwickeln, nicht erfüllen werden, wenn wir es nicht übernehmen, die allseitige politische Entlarvung der Selbstherrschaft zu organisieren ?'

Wir müssen das national organisieren und Fragen, wie die Entwicklung der Politik der Imperialisten berichten. Zeigen, wie sie mit Hilfe des Staatsapparates ihre Politik durchsetzen, sich ihre Gesetze schaffen und mit ihrem Beamten- und Militärapparat die Werktätigen unterdrücken. Wir müssen die bürgerliche Presse entlarven und Machenschaften (Steuerhinterziehung, Freistellung der Söhne vom Militär u.ä.) ans Licht der Öffentlichkeit ziehen.

Dazu müssen wir selbstverständlich Untersuchungen durchführen. 'Wer eine Sache nicht untersucht, hat kein Recht mitzureden'(Mao Tsetung)

Dann können wir auch zeigen, was die Unterdrückung der verschiedenen Schichten (Bauern und Studenten) für die Arbeiterklasse bedeutet. Und wie man bestimmte Teile dieser Klassen und Schichten gewinnen kann. Es zeigt sich aber, daß wir diese Aufgabe nur immer im Munde geführt haben, in der Tat haben wir aber die Wechselbeziehung zum Staat nicht richtig dargestellt.

Kommunisten führen aber nicht nur den politischen Kampf, sondern sie unterstützen soweit es in ihren Kräften steht auch den ökonomischen Kampf. Wir haben sogar das Ziel, den ökonomischen Kampf der Arbeiter zu leiten. Das ist aber unsere Nebenaufgabe. Wir benutzen den ökonomischen Kampf auch als eine Basis, revolutionäre Kollegen zu entwickeln und zu organisieren.

Bei der Unterstützung des ökonomischen Kampfes dürfen wir uns nicht auf das Aufstellen und Propagieren von Forderungen beschränken. Sondern wir müssen die unversöhnlichen Gegensätze im ökonomischen Kampf zeigen. Die verschiedenen Wege, mit denen die Kapitalisten die Ausbeutung verschärfen und praktische Beispiele bringen. Denn gerade während der Lohnkämpfe versuchen die Kapitalisten das Geld doch auf anderem Weg wieder aus der Arbeiterklasse herauszupressen. Und zwar durch die Streichung der Zulagen, Akkordzeitverkürzung, Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter usw. Gegen all diese Maßnahmen zur Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse kann die Arbeiterklasse nur durch entschlossenen Kampf ihre Lebensbedingungen verbessern. Wir müssen den Streik als die Waffe der Arbeiterklasse in diesem Kampf propagieren.

Auf diesem Hintergrund können wir dann auch jeweils den Verrat der Gewerkschaft konkret bekämpfen. Damit ist dann von selbst klar, daß wir den Hauptkampf gegen die Kapitalisten führen und eben die Gewerkschaften nur, weil sie den Kampf der Arbeiterklasse verhindern sollen. So kann auch nicht der Eindruck entstehen, die Gewerkschaften seien unser Hauptfeind.

Wie die Beschränkung auf den ökonomischen Kampf zum Reformismus führt, so ist es Sektierertum, den ökonomischen Kampf nicht zu unterstützen. Beides müssen wir bekämpfen.

WARUM HABEN WIR MIT UNSERER POLITIK DER ARBEITERKLASSE GESCHADET UND DER BOURGEOISIE GENÜTZT ?

Zu Beginn der Tarifrunde haben wir uns die Aufgabe gestellt, den politischen mit dem ökonomischen Kampf zu verbinden. Der Dreibund wurde entlarvt und der Kampf für den Sozialismus propagiert. Aber schon in diesem Monat hatten wir den entscheidenden Fehler gemacht. Die Verbindung von politischen und ökonomischem Kampf wurde zur Hauptseite gemacht, nicht aber, wie es richtig ist, die allseitige politische Enthüllung.

Und das ist notwendig, denn nur

'Damit endlich jeder Arbeiter einen gesicherten Lebensstandard hat, den ihm die Kapitalisten in der Krise nicht wieder nehmen können.' (Rheinland-Pfalz-Flugblatt mit Forderungen)

Und das muß auch zwangsläufig so kommen. Zum ersten geht uns der Stoff aus, denn wir kommen darüber kaum hinaus, immer wieder von der Zusammenarbeit von kapitalistischem Staat und DGB-Apparat zu berichten. So stellte damals auch Lenin fest:

MANGELNDE THEORIE UND HOCHMUT FÜHREN ZU UNSEREN FEHLERN UND DER UNTERSCHÄTZUNG DES BEWUSSTEN ELEMENTS

Bei vielen Genossen herrscht die Theorie vor, der Lohnkampf sei der beste Ansatzpunkt zur Erziehung der Arbeiterklasse. Diese Genossen beten die Spontaneität an, weil sie glauben, die Arbeiterklasse wird durch die Erfahrung der Lohnkämpfe klassenbewußt. Dahinter steckt die Unterschätzung des bewußten Elements.

Die ideologische Ursache ist unser Hochmut und unsere Überheblichkeit. Wir glauben, daß wir nicht mehr lernen müssen und lassen uns nicht richtig kritisieren. In der Praxis glauben wir, ohne theoretische Arbeit und praktische Untersuchungen eine richtige Linie entwickeln zu können. Die Fehler sind Beweis dafür, wie Rechts- und 'Links'opportunismus zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Und wie der 'linke' Opportunismus sich immer zum Rechtsopportunismus entwickeln muß. Die Selbstüberschätzung führt zu einer Unterschätzung der Arbeiterklasse. Sektierertum führt zur Nachtrabpolitik.

DER FEHLENDE KAMPF ZWEIER LINIEN FÜHRT ZUR STÄRKUNG DES RECHTSOPPORTUNISMUS

durch die allseitigen politischen Enthüllungen kann die Arbeiterklasse ihr Verhältnis zu allen anderen Klassen und Schichten und zum imperialistischen Staat entwikkeln und ihre revolutionäre Aufgabe erkennen. Organisiert die Partei keine politischen Enthüllungen, verzichtet sie darauf, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu entwikkeln. Die Partei lenkt dann das Interesse der Arbeiterklasse hauptsächlich auf sich selbst und auf den ökonomischen Kampf. Das Proletariat kann dann seine Aufgabe gegenüber seinen Bündnispartnern und den Bündnispartnern der Bourgeoisie nicht erkennen. Es muß schließlich an der Möglichkeit der Revolution zweifeln und sich mit Reformen des Systems abspeisen lassen. So wird dann auch der ökonomische Kampf nicht mehr richtig unterstützt. In der Agitation und Propaganda wird man dann bis in den Reformismus abgleiten.

'Von all den Fällen, in denen der Arbeiter unter Rechtlosigkeit, Willkür und Gewalt zu leiden hat (weil sie ihn oder ihm nahestehende Personen betreffen), sind zweifellos die Fälle der polizeilichen Unterdrückung gerade im gewerkschaftlichen Kampf nur eine geringe Minderheit.'

Zum anderen steckt hinter den beschriebenen Fehlern die Ansicht, wir könnten das politische Klassenbewußtsein der Kollegen über die Führung ökonomischer Kämpfe entwickeln. Und so muß sich dann auch die Verbindung von politischen und ökonomischen Kampf zu einer einseitigen Propagierung des ökonomischen Kampfes entwickeln.

Dabei wird man dann auch den Reformismus propagieren, weil man ja nur ein Ziel vor den Augen hat, mit jedem Mittel einen Streik herbeizuführen.

Nein, der größte Teil der Ökonomisten blickt mit ehrlichem Widerwillen (und dem Wesen des Ökonomismus nach müssen sie das tun) auf alle theoretischen Streitigkeiten, fraktionellen Meinungsverschiedenheiten, große politische Fragen, Pläne zur Organisierung der Revolutionäre usw....' (Lenin)

Wenn wir aber glauben, der Ökonomismus sei die einzige Form des Rechtsopportunismus in der Partei, stimmt das nicht. Sondern der fehlende ideologische Kampf um die politische Linie hat auch noch zu anderen Fragen zum Rechtsopportunismus geführt. So sind das Fehlen des ideologischen Kampfes und opportunistische Auffassungen auch das Hauptmerkmal der Entwicklung des ROTEN MORGEN seit dem letzten Herbst.

Im Artikel des ROTEN MORGEN über die Aktivitäten der Partei zum 1. Mai wird die Theorie von der prinzipienlosen Einheit der 'Marxisten-Leninisten' propagiert. Die Einheit soll nicht das Ergebnis der Erarbeitung der revolutionären Linie und des ideologischen Kampfes darum sein.

Die Einheit mit anderen Organisationen soll durch moralische Appelle erreicht werden. Nach dem Motto: Polizei einigt Marxisten-Leninisten.

So wird in dem Artikel 'Über die Verbindung von ökonomischen und politischen Kampf' kein Kampf gegen den Rechtsopportunismus im Gewande des Ökonomismus geführt: Einerseits gibt es Genossen, die meinen, die Partei müsse jetzt vor allem den ökonomischen Kampf führen; andererseits gibt es Genossen, die aus Furcht vor dem Abgleiten in den Ökonomismus den ökonomischen Kampf nur zögernd unterstützen. Beide Abweichungen beruhen sowohl auf mangelnde Erfahrungen (und was ist mit der Theorie ?!!) als auch auf dem Einfluß des Ökonomismus, der ständig von außen auf die Partei einwirkt (also gibt es keine bürgerliche Linie innerhalb ?!!)

Statt die Frage nach Revolution oder Konterrevolution zu stellen, sollen zukünftige Tendenzen bekämpft werden. 'Deshalb ist es unsere Aufgabe, die korrekte marxistisch-leninistische Linie für die Verbindung von ökonomischen und politischen Kampf aufzuzeigen (also nicht darum zu kämpfen ?!!), einmal, um in den künftigen Lohnkämpfen wirkungsvoller den Klassenkampf entfalten zu können und zum anderen, um die rechten und 'linken' Tendenzen in den eigenen Reihen bekämpfen zu können (die müssen aber immer bekämpft werden !)

In vielen Fällen wird so der Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen dadurch 'schöpferisch weiterentwickelt', daß man die Theorie vom Kampf zweier Linien für überholt erklärt. Die zwei Linien innerhalb der Partei gibt es nicht mehr. Aus 'zwei ist eins' geworden.

In dem Artikel 'politischer und ideologischer Kampf' wird so getan, als ob innerhalb der Partei alles in Ordnung sei, und nur von außerhalb die Partei in Gefahr gebracht werde.

In Wirklichkeit sind doch die objektiven Agenten der Bourgeoisie diejenigen, welche die bürgerliche Linie in die Partei tragen, die Hauptgefahr für die Partei. Und nicht, wie im Neubauerartikel der Eindruck erweckt wird, die subjektiven Agenten.

Um aber hiervon abzulenken, führt man den Kampf zweier Linien und tut so, als ob die bürgerliche Linie niemals innerhalb der Partei sein kann. (siehe ROTEN MORGEN 7/71 'Zum Kampf zweier Linien in der Gewerkschaftsfrage)

Opportunisten versuchen doch immer, ihre Linie durchzusetzen, indem sie den ideologischen Kampf abblocken. Sie kritisieren nicht die revolutionäre Linie und stellen nicht die eigene im Gegensatz dazu dar. Die Folge davon ist die 'Koexistenz' zweier Linien. Das aber bedeutet die Stärkung der bürgerlichen Linie. Denn auch für den Opportunismus gilt: 'Für alles Reaktionäre gilt, daß es nicht fällt, wenn man es nicht niederschlägt. Es ist die gleiche Regel wie beim Boden kehren. Wo der Besen nicht hinkommt wird der Staub nicht von selbst verschwinden' (Mao Tsetung)

WIE ENTWICKELT DIE PARTEI DAS REVOLUTIONÄRE BEWUSSTSEIN DER ARBEITER UND WIE UNTERSTÜTZT SIE DEN ÖKONOMISCHEN KAMPF ?

Dazu muß die Partei den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterklasse tragen. Nur, wenn nämlich die Theorie die Massen ergreift, dann kann die Arbeiterklasse ihre historischen Aufgaben (Beseitigung des Kapitalismus und endgültige Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung) erfolgreich durchführen.

Dazu muß die Partei eben die allseitigen politischen Enthüllungen organisieren.

'Es fragt sich nun, worin die politische Erziehung bestehen muß. Kann man sich darauf beschränken, die Ideen der Feindschaft der Arbeiterklasse gegen die Selbstherrschaft zu propagieren ? Natürlich nicht. Es genügt nicht, die politische Unterdrückung der Arbeiterklasse zu erklären (wie es nicht genügte, den Gegensatz zwischen ihren Interessen und denen der Unternehmer zu erklären). Es ist notwendig, jede konkrete Erscheinung dieser Unterdrückung für die Agitation auszunutzen (sowie wir die konkreten Erscheinungen der Unterdrückung für die Agitation ausgenutzt haben). Da die verschiedensten Gesellschaftsklassen unter dieser Unterdrückung zu leiden haben, da sie auf die verschiedensten Lebens- und Tätigkeitsgebieten, dem beruflichen, dem allgemein bürgerlichen, dem persönlichen, dem der Familie, dem Religiösen, dem Wissenschaftlichen usw. usw. in Erscheinung tritt - ist

AUS DEN FEHLERN LERNEN, DEN REVOLUTIONÄREN KERN DER PARTEI BILDEN UND STÄRKEN !

Im Kampf um diese wichtigen und für die Revolution entscheidenden Fragen muß sich das Zentrum innerhalb der Partei herausbilden. Nur wenn dieser Kern geschaffen wird und in der Partei in den wichtigen Fragen eine Einheit auf revolutionärer Grundlage geschaffen wird, können wir erfolgreich gegen den Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung kämpfen und die Einheit der Marxisten-Leninisten erringen.

Außerdem ist die Schaffung dieses Kerns für den weiteren Aufbau der Partei von entscheidender Bedeutung. Sie ist die Voraussetzung für die Heranbildung besserer Kader.

Fortsetzung Seite 7

Tarifrunde 71

Die Widersprüche im Weltmaßstab verschärfen sich zusehends. Neben Kriegsvorbereitungen der USA- und Sozialimperialisten gegen die Volksrepublik China, neben erfolgreichen Kämpfen der unterdrückten Völker gegen die imperialistischen Mächte gewinnen die Widersprüche zwischen den imperialisti schen Ländern eine immer größere Bedeutung. Der Handelskrieg zwischen dem USA- und den westeuropäischen Imperialismen erreicht eine neue Stufe der Verschärfung durch die protektionistische Importbeschränkungspolitik der Nixon-Regierung (vgl. Artikel zur Dollarkrise). Durch gewaltige Kapitalexporte versucht in dieser Situation der westdeutsche Imperialismus, seine Stellung in der Welt auszubauen und den Durchbruch zur imperialistischen Großmacht zu schaffen.

Ruhe an der Heimatfront

Die westdeutschen Großkonzerne von denen Siemens, Hoechst, Bayer, Mercedes, Thyssen und BASF im Jahre 1970 die 10-Milliarden-Umsatzgrenze überschritten haben (vorher nur VW), bauen von Spanien bis Griechenland, von Indonesien bis Chile ein Werk nach dem anderen auf. Sie nutzen das Elend der Völker und die riesigen Arbeitslosenheere dieser Länder aus, um dort mit niedrigsten Löhnen zu produzieren und riesige Profite zu machen. Gerade heute wollen sie die Schwäche und Schwierigkeiten der anderen imperialistischen Mächte ausnutzen, um ihre relative Stärke voll zur Geltung zu bringen und sich einen Platz an der Sonne zu verschaffen.

Um diesen Plan durchzuführen brauchen sie 'Ruhe an der Heimatfront' (Staatssekratär Helmut Arndt). Dazu soll ihnen die Verstärkung von Polizei, Grenzschutz und Militär sowie die entsprechenden Gesetze gegen die demokratischen und revolutionären Kräfte verhelfen (vgl. Artikel über Vorbeugehaft). Dazu die Maximalprofite für den Kapitalexport. Diese Pläne setzen die Westdeutschen Imperialisten zur Zeit mit ihrer Regierungsmannschaft Brandt, Schiller, Genscher & Co. in die Tat um. Und die Gewerkschaftsführung soll ihre Riesenprofite sichern.

Geplanter Lohnraub in der Metallrunde

Der Vorsitzende von Gesamtmetall, dem Verband der Metallherren, Herbert von Hüllen, hat klar formuliert: Ein Abschluß von 6,5% liege nicht einmal im Bereich des Vorstellbaren. Das zeigt genau, woher das 'Unter-7,5%-Lohndiktat' aus dem Schillerministeriums in Wirklichkeit kommt. Mit Hilfe der IG-Metall-Führung soll dieses Lohndiktat nun im Lohn-

verschiedenen Treffen zwischen Gewerkschaftsführung und Gesamtmetall sind die entsprechenden Pläne ausgearbeitet worden. Der Versuch, in der letzten Augustwoche auch nich eine Schlichtungsordnung durchzusetzen, da sich die alte in den letzten Jahren nicht bewährt hatte ('wilde Streiks'), konnte in Baden-Baden nicht mehr über die Bühne gezogen werden.

14000 Kumpel neue Arbeitsplätze!) Von Überproduktion und vollen Warenlagern, dem typischen Zeichen zyklischen Krisen des Kapitalismus, wird gar nicht gesprochen. Diese sind doch der Beweis dafür, wie der Kapitalismus sich in seinen Widersprüchen verfängt. Überproduktion an Waren auf der einen, fehlende Kaufkraft der Werktätigen auf der anderen Seite. Gerade diese Krisen sind es, die den aggressiven Charakter des Kapitalismus und seinen Drang nach Expansion verschärfen.

Davon ist in der Presse und den Ausführungen der Kapitalisten kein Wort zu finden. Stattdessen immer wieder die Beschwörungsformel '6% sind genug! Dann ist die Zukunft gesichert.' In Wirklichkeit ist es doch nur die Zukunft der Kapitalisten. Für die Arbeiterklasse bedeutet das Lohnraub und Verschlechterung der Lebensbedinggungen, und Kurzarbeit und Entlassungen werden keineswegs verhindert. Seit der letzten Krise gehen immer weniger Kollegen diesen Lügenmärchen auf den Leim. Die Streiks haben von Jahr zu Jahr zugenommen. Im letzten Jahr waren es allein 500000 Metallarbeiter.

Auch in diesem Metallkampf wurden trotz aller Versuche der Bonzen, Forderungen der Kollegen zu unterdrücken, klare Forderungen erhoben: Bei Klöckner/Bremen waren es 16%, bei Maschinenfabrik Deutschland und einigen kleineren metallverarbeitenden Betrieben in Dortmund 15%, bei Opel/Bochum forderte eine Belegschaftsversammlung 15% – 1 DM. Die KPD/ML hat ihre Forderung 15% – 1 DM, Absicherung der Effektivlöhne, 1000 DM Mindestnettolohn, gegen Arbeitsplatzbewertung und Punktsystem, gleichen Lohn bei gleicher Arbeit in vielen Flugschriften propagiert und begründet. (siehe ROTER MORGEN 8/71) In zahlreichen Betrieben hat sie die aufgestellten Forderungen der Kollegen unterstützt. Damit wurde den Kapitalisten und ihren Handlangern eine klare Abfuhr er-

zwischen 6 und 7% abzuschließen. Die IG-Metall-Führung will sich ähnlich 'große Verdienste' erwerben wie die Hauenschild, Menzel & Co. von der IG Chemie. Der Präsident der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), Otto A. Friedrich 'bescheinigte der IG-Chemie-Führung nämlich eine große Leistung, indem es ihr gelungen sei, das Forderungsniveau herunterzuschleusen.' (Handelsblatt, 19. Juli 1971)

Die Aufstellung der 9–11%-Forderung muß als Vorstufe zum endgültigen Verrat entlarvt werden. Die KPD/ML führt einen Kampf gegen diesen Verrat und für die Durchsetzung der Forderungen der Metallarbeiter. Der einzige Weg, diese Forderungen durchzusetzen, ist der Streik. Nur die entschlossene Kampffront kann den weiteren Lohnabbau verhindern. Die Streiks aus den letzten Jahren müssen dabei ein Beispiel sein. Erfolgreich wurden die Klöckner- und Hoesch-Kapitalisten in die Knie gezwungen. Der größte Teil der Forderungen wurde von den Kapitalisten erfüllt.

Aber es war nur ein augenblickliches Zurückweichen. Was in der Zwischenzeit passiert ist, wurde ja eingangs beschrieben. Die damaligen Lohnerhöhungen, die teilweise erkämpft wurden, sind längst durch Preise, Miete und Steuern wieder aufgefressen. Nichts zeigt deutlicher, daß der Lohnkampf eben nur ein Verteidigungskampf der Arbeiter ist und die Lage grundsätzlich nicht ändern kann.

Die Aufgabe der Kommunisten

Eine Änderung der Lage kann eben nur durch die Abschaffung der Ausbeutung herbeigeführt werden, d.h. durch den Sturz der Kapitalistenklasse und die Zerschlagung ihres Staatsapparates einschließlich seiner bewaffneten Macht. Und diesen Kampf zu führen, ist die Aufgabe der KPD/ML.

Das heißt für den Lohnkampf eben auch, daß die Kommunisten zwar mit in der ersten Reihe stehen, aber in der Hauptsache eben den Kampf um die Diktatur des Proletariats führen: Die fortschrittlichsten Kollegen für den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Und diesen Kampf nicht nicht zu führen, das eben bedeutet, die Klasseninteressen des Proletariats zu verraten.

Das ist doch genau die Erfahrung, die viele Kollegen bei den Lohnkämpfen bisher gemacht haben, wenn sie sagen: Es nützt ja doch eigentlich nichts.

Genau hier müssen wir ansetzen und zeigen, daß der einzige revolutionäre Kampf, der auf die Dauer etwas nützt, der Kampf um die politische Macht ist. Gerade auch im Tarifkampf müssen wir zeigen, daß die Kapitalisten nur aufgrund ihrer politischen Macht ihre Herrschaft aufrechterhalten. Daß sie die verschiedenen Klassen und Schichten des Volkes unterdrücken. Daß sie ihre Herrschaft mit Gesetzen aufrechterhalten. Daß das neue Betriebs'friedens'-gesetz, das sie jetzt durchbringen wollen, eben dazu dient, den wachsenden Widerstand der Kollegen zu brechen. Die Kapitalisten brauchen den 'Frieden' im Betrieb und die 'Ruhe an der Heimatfront', um mit Hilfe ihres Staates eben den Krieg um Absatzmärkte, Rohstoffe und billige Arbeitskräfte gegen ihre Konkurrenten vorbereiten und durchführen zu können. Das kann nicht durch bloße Lohnkämpfe verhindert werden.

J.W. Stalin

kampf durchgesetzt werden. Auf

über die Bühne gezogen werden.

teilt.

Bürgerliche Presse soll Lohnraub in der Propaganda vorbereiten

Der gesamte bürgerliche Propagandaapparat wurde in einer seit dem 2. Weltkrieg noch nicht dagewesenen Weise zur Vorbereitung eines Lohnkampfes eingesetzt. Mit Verdrehungen, Lügen und Unterschlagungen versucht die Bourgeoisie die Kampfkraft der Metallarbeiter zu schwächen. Seit Wochen wird über die Preissteigerungen nur noch am Rande gesprochen, dabei zogen gerade wieder Versicherungsbeiträge und Lebensmittelpreise kräftig an. Genau eine Woche nach der Verratsforderung der IG Metall von 9 bis 11% wurde dann unübersehbar und immer wieder von der geplanten Erhöhung des Arbeitslosen-Versicherungsbeitrages berichtet: statt der bisher 1.3% jetzt auf einmal 1,6%. Als ob das nicht schon seit einem halben Jahr klar gewesen wäre ! Daß die Krise kommt, war doch längst bekannt. Wieder einmal sollte damit 'bewiesen' werden, daß die Ursache für die Arbeitslosigkeit die Lohnerhöhungen seien. Dieses Märchen wird aber schon dadurch geradezu lächerlich, daß Preis- und Steuererhöhungen alles längts wieder weggefressen haben.

Wirtschaftsführer, Bankbosse und führende Politiker kamen täglich in der Presse zu Wort. Ihr Klagen und Jammern diente dem einen Zweck, die wahre Wirtschaftssituation der Großkonzerne vor den Arbeitern zu verschleiern. Die Bankrotte der Kleinen werden in aller Ausführlichkeit breitgetreten. Der Riesenwirbel um Olympia und Voigtländer soll den Eindruck erwecken, als ginge es den Kapitalisten insgesamt höchst dreckig. Natürlich wird verschwiegen, von wem die Kleinen geschluckt werden bzw. wer an den Bankrotten verdient. Ebenso wie alles getan wird, um Unruhe über bevorstehende Massenentlassungen bei Rheinstahl, Mannesmann, Krupp und Hoesch zu vermeiden. (Wie auch beim Bergbau. Die betrügerische Bild-Schlagzeile zu den Zechenschließungen: 'Für

Das wahre Gesicht der IGM-Bonzen

Bei der Festlegung der IG-Metall-Forderung in den einzelnen Tarifgebieten zeigten die Gewerkschaftsbonzen dann wieder ihr Gesicht. Was sie auf den Versammlungen in den Betrieben nicht wagen konnten, geschah. In den Kommissionen wurden 9–11% auf den Tariflohn festgesetzt. Von linearer Anwendung wollte man zuch nichts mehr hören, da dann ja 'die Facharbeiter auch den Besen nehmen könnten' (Gewerkschaftsbonze Tuchmann in Dortmund).

Das ist die erste Stufe des Verrats der Bonzen: Von Anfang an möglichst wenig fordern, um dann eben die geplanten 6,5% abzuschließen. Darauf weist schon die Verlautbarung hin, man werde bei einem Angebot von 7% auf Urabstimmung verzichten.

Diese verräterische Taktik kleiden die Bonzen noch in radikale Phrasen: 'Dafür werden wir kämpfen !' oder: 'Davon weichen wir nicht ab !' Mit solchen heuchlerischen Parolen wollen sie ihren Kampf gegen die Arbeiterklasse verschleiern. Vorbereitungen für die vorgeblichen Kampfmaßnahmen treffen sie nicht.

In Wirklichkeit überlegen sie sich schon den nächsten Schritt in ihrem Verrat und bereiten ihn vor. Die Angst, durch Geheimanschluß den Einfluß bei den Kollegen zu verlieren, ist groß. Wenn die Metaller den Kampf in die eigenen Hände nehmen, haben die Bonzen versagt.

Es bleibt ihnen also nur die Verzögerungs- und Verschleppungstaktik über. Dadurch hoffen sie die Kampfkraft der Arbeiter lähmen zu können. Durch begrenzten Streik in kleineren Betrieben und durch Punktstreiks in einzelnen Abteilungen der Großbetriebe wollen sie den entschiedenen Kampf verhindern, um dann kurzfristig

Fortsetzung von Seite 6

Wie gefährlich der Opportunismus innerhalb der Partei ist, zeigt sich gerade in der Frage des Parteiaufbaus. Der ideologische Kampf wird nicht geführt. Das Zentrum nicht planmäßig herangebildet. So entwickelt sich auch die Partei nicht planmäßig und wird so auf das Niveau der anderen ML-Organisationen herabgezogen.

Und das verschleiern gerade die Genossen, die den KJVD und andere Organisationen, welche auch schon in der Theorie opportunistisch geworden sind, kritisieren, ohne aber in unserer Partei die richtige Linie zu entwikkeln und durchzusetzen.

'...Im Gegenteil, gerade die allerletzte Zeit war durch eine Belebung der nicht-sozialdemokratischen revolutionären Richtungen gekennzeichnet (...) Unter solchen Umständen kann ein auf den ersten Blick belangloser Fehler die traurigsten Folgen haben und nur Kurzsichtige können die fraktionellen Streitigkeiten und das strenge Auseinanderhalten von Schattierungen für unzeitgemäß oder überflüssig halten. Von der Konsolidierung dieser oder jener 'Schattierungen' kann die Zukunft der russischen Sozialdemokratie für viele, viele Jahre anhängen.' (Lenin)

Gesammelte Werke Band 15

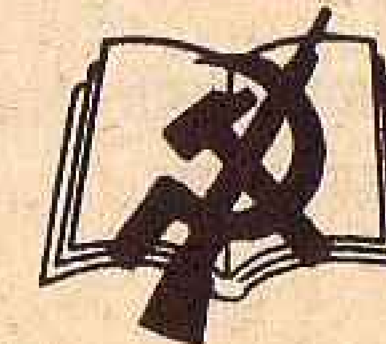
GESCHICHTE DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION (BOLSCHEWIKI)

1938

KURZER LEHRGANG

ca. 450 Seiten Preis 8.50 DM

VERLAG ROTER MORGEN
Hamburg 1971



Als wichtigstes Material für das Studium des Marxismus-Leninismus muß die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang dienen. Das ist die beste Synthese und Verallgemeinerung der Erfahrungen der internationalen kommunistischen Bewegung in den letzten hundert Jahren, ein Musterbeispiel an Verbindung von Theorie und Praxis, das in dieser Vollkommenheit bisher einzig in der Welt dasteht. Wenn wir sehen, wie Lenin und Stalin die allgemeingültige Wahrheit des Marxismus mit der konkreten Praxis der sowjetischen Revolution integriert und auf dieser Grundlage den Marxismus weiterentwickelt haben, dann wissen wir wohl, wie wir an uns arbeiten müssen.

Mao Tsetung

Bestellungen an:

ZENTRALER LITERATURVERTRIEB
Hans-Joachim Kühn
2 Hamburg 19
Postfach 7691
Postscheckkonto Hamburg 3217 30

DER NÄCHSTE ROTE MORGEN ERSCHEINT IN VIERZEHN TAGEN, AM MONTAG, DEM 11. OKTOBER

Der ROTE MORGEN erscheint jetzt jeden zweiten Montag.

Das Blutbad von Attica: FRATZE DES USA-FASCHISMUS

Was war geschehen ? Fünfhumdert Gefangene des Gefängnisses von Attica im USA-Bundesstaat New York waren in den Aufstand getreten und hatten sich 38 Geiseln bemächtigt. Ihre Forderungen: Entlassung aller politischen Häftlinge, Verbesserung der menschenunwürdigen Verhältnisse in den Gefängnissen.

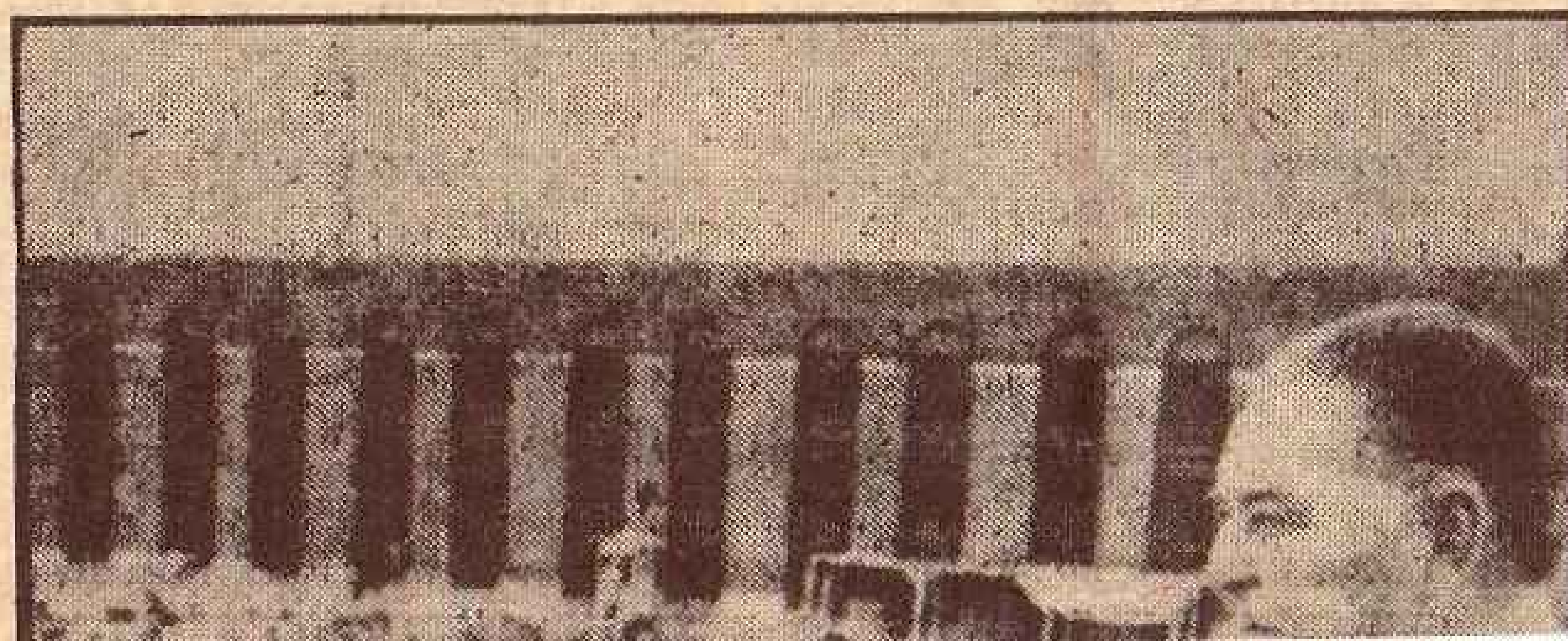
Dazu muß man wissen, daß es in den USA zigtausend politische Häftlinge gibt, die wegen ihres Widerstandes gegen den USA-Imperialismus, den Indochina-Krieg usw. in den Gefängnissen sitzen. Ihr Widerstand wird, wie auch schon in der Bundesrepublik erkennbar, kriminalisiert und sie werden als gewöhnliche Verbrecher hingestellt.

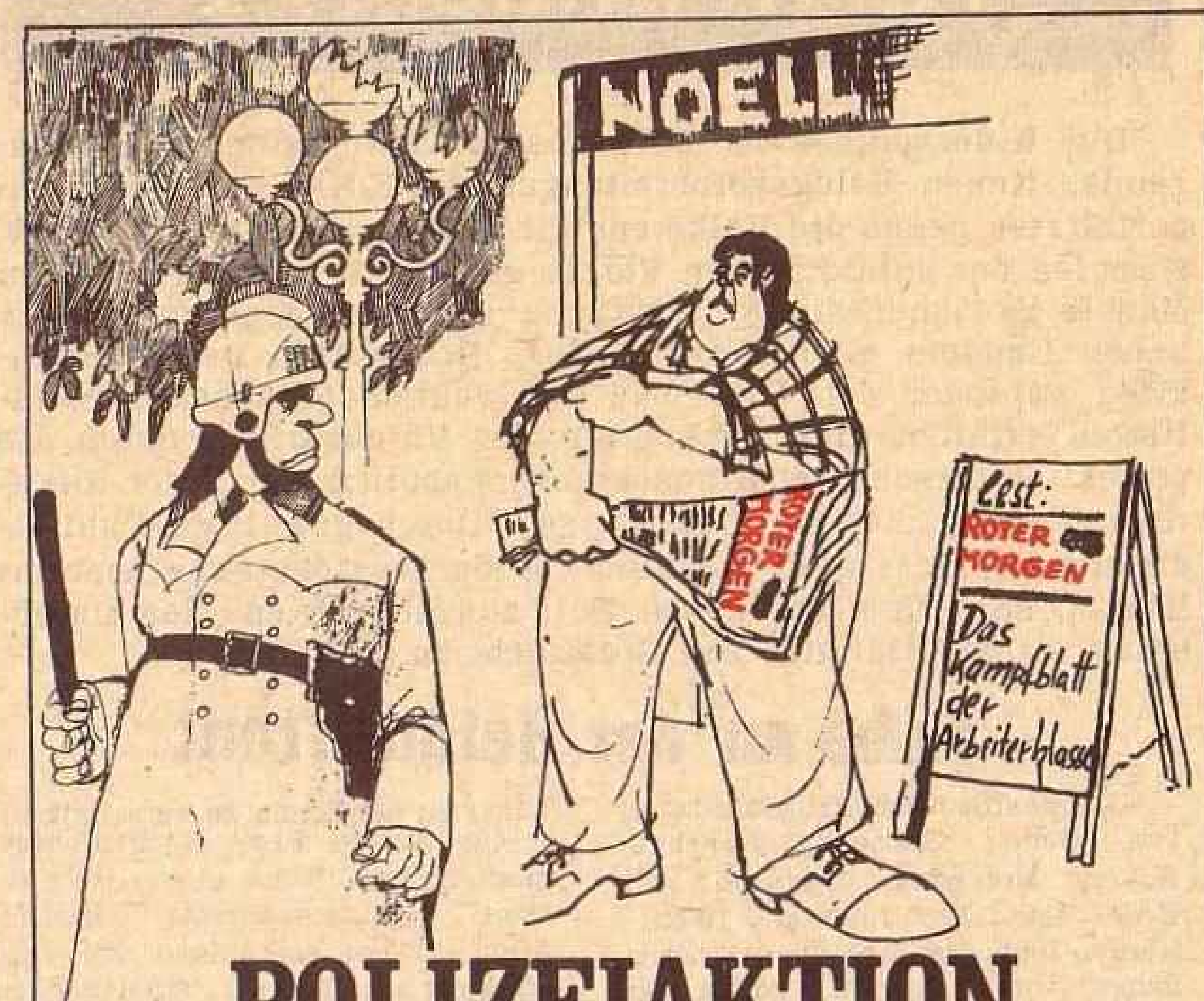
Dazu muß man wissen, daß es in den Gefängnissen der USA - es kam schon zu mehreren Gefängnisrevolten - unglaubliche Zustände herrschen: Gefangenenmißhandlungen und -folterungen sind an der Tagesordnung, die Gefängnisse sind überbelegt, die Gefangenen werden wie Tiere behandelt, denen man fast alle Recht entzieht, so daß selbst der Gouverneur von New Jersey, Caleill, als Grund für den Aufstand die 'erbärmlichen Zustände in den amerikanischen Gefängnissen' angab.

seien mit durchschnittener Kehle aufgefunden worden. Und die bundesdeutsche Presse von 'Bild' bis zur SPD-nahestehenden Presse heulten mit '9 Geiseln die Kehle durchgeschnitten'. Es lebe das Progrom gegen alles was links, was gegen den Indochina-Krieg, was gegen den Imperialismus ist.

In Wirklichkeit aber waren die Gefängniswärter, wie sich nachträglich durch die Obduktion herausstellte, von ihren eigenen Kollegen erschossen worden. Die Gefangenen hatten keine Waffen. Daneben killte man 28 wehrlose Gefangene. Der Gangsterboß Nixon beglückwünschte seinen Untergangster Rockefeller zu seiner Tat. Gouverneur Reagan (Kalifornien) gab als Begründung für das Blutbad von sich: 'Sonst würden revolutionäre Gruppen in anderen Gefängnissen ermuntert.'

Fazit: Das, was in München vor wenigen Wochen (noch) im kleinen und auf anderer Ebene geschah, vollzog sich in Attica im großen. Man ist dort schon etwas weiter. **Die vor ihrem Untergang stehenden Mächte wehren sich stets mit verzweifelter Wut und schrecken vor keinem Verbrechen zurück. Das wird aber ihren Untergang nicht abwenden, sondern nur beschleunigen können und letzten Endes werden die Volksmassen die Sieger sein !**



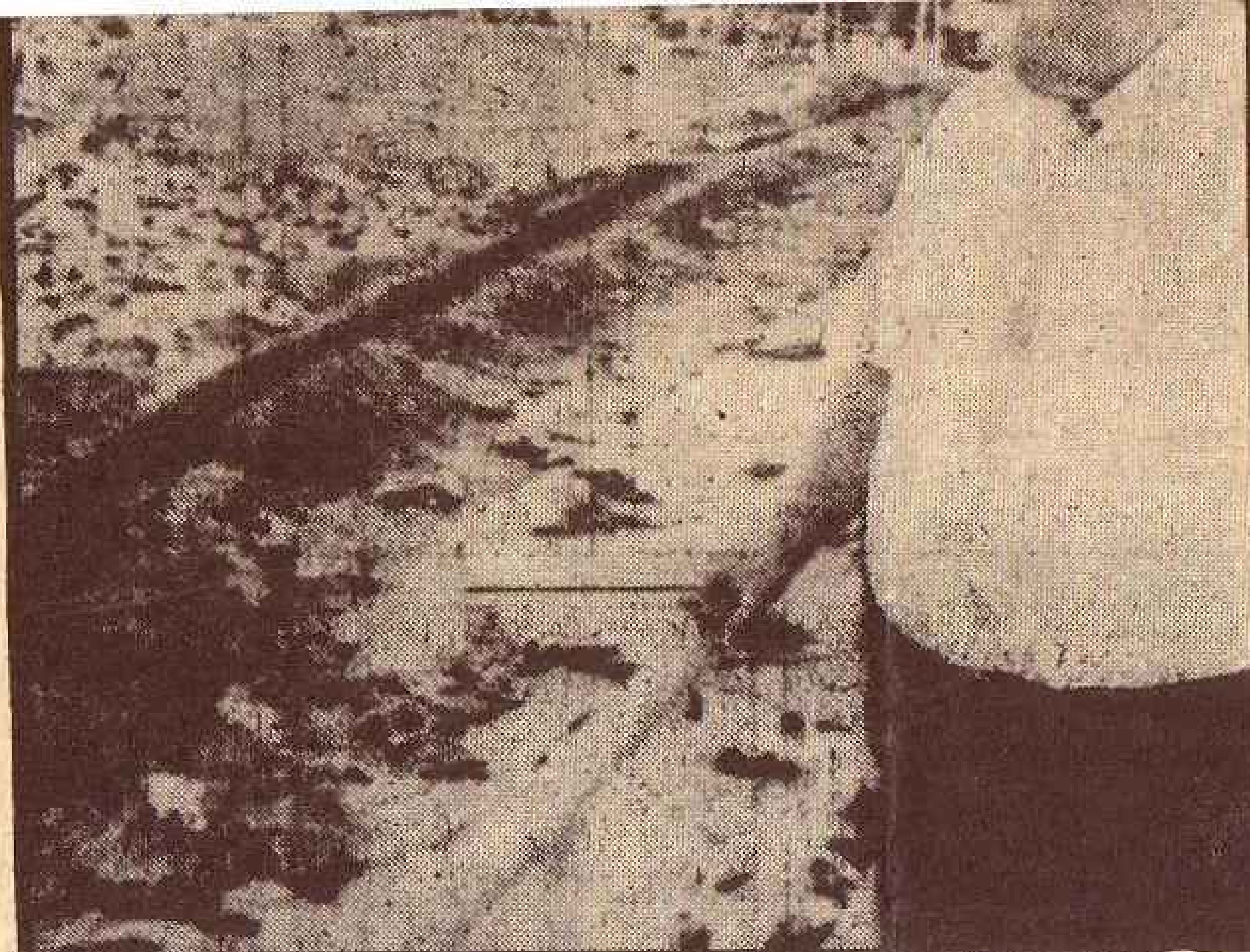


POLIZEIAKTION NACH FEIERABEND

Am Morgen des 17. August verteilten vor Noell/Salzgitter Genossen des KSB/ML ein Flugblatt der dortigen Roten Betriebsgruppe gegen die kapitalistische Arbeitsplatzbewertung und Rationalisierungsmaßnahmen. Darin hieß es: 'Bereiten wir uns auf einen harten Kampf in der Lohnrunde vor, denn freiwillig, ohne daß wir geschlossen kämpfen, werden die Kapitalisten nichts geben.' Wie nach jeder Flugblattverteilung stand am Nachmittag der Agitations- und Propagandatrupp mit dem ROTEN MORGEN vor

Verkehr nicht behindert gewesen ! Und seit wann wird ein Wagen, wenn man von ihm behauptet, er sei falsch geparkt, beschlagnahmt ? Und wie soll denn der ROTE MORGEN den Verkehr behindert haben ?' Die Schlußfolgerung war klar: 'Worauf kam es der Polizei an ? Sie wollten die ORGANISATION die revolutionäre KPD/ML, ihre Rote Betriebsgruppe Noell/ Salzgitter einschüchtern, daher kamen sie erst an, als die meisten Kollegen weg waren. Sie wollten die studentischen Ge-

Dies alles muß man sich vor Augen halten, um zu begreifen, was weiter geschah. Gouverneur Rockefeller ließ zum bewaffneten Sturm auf das Gefängnis blasen. Tausend bewaffnete Polizisten und Nationalgardisten stürmten, unterstützt von Hubschraubern, die Tränengaskanister abwarfen, das Gefängnis und legten wahllos alles um, was ihnen vor die Flinte kam. Um die Stimmung anzuheizen und eine öffentliche Meinung für seinen Mordfeldzug zu schaffen, ließ Rockefeller die Lüge verbreiten, neun Geiseln


Gefängnis-Boß Oswald vor dem Hof des Zellenblocks D in Attica:

Bestellschein

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/ Marxisten-Leninisten

HIERMIT BESTELLE ICH :
AB NUMMER ....

Der ROTE MORGEN erscheint alle vierzehn Tage und kostet pro Jahr (26 Ausgaben) einschließlich Porto DM 11,00. Dieser Betrag ist im voraus auf das Postscheckkonto Hamburg 3364 44 (D. Schneider) zu bezahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden.

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL / ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Den Bestellschein bitte ausschneiden und senden an:
Verlag Detlef Schneider, 2ooo Hamburg 19, Postfach 7654

dem Betrieb, diesmal mit einem Plakatständer ausgestattet, der u.a. eine Bildserie 'Zeitnehmer-Unternehmer' zeigte. Der Plakatständer fand den Beifall vieler Kollegen. Einer erzählte uns, unser Flugblatt sei an die Tür der Arbeitsvorbereitung geklebt worden, ein anderer, es sei einem Zeitnehmer auf den Rücken geheftet worden. Die letzten Kollegen hatten den Betrieb gerade verlassen, die Genossen unterhielten sich noch mit einem Arbeiter über den Sozialismus in China, da hielt - pünktlich nach Feierabend - ein Polizeistreifenwagen neben uns. Schnoddrige Frage eines Grünrocks: 'Wer ist hier verantwortlich ?' und ohne eine Antwort abzuwarten, beschlagnahmte er die restlichen ROTEN MORGEN. Als ihn einer nach der Rechtsgrundlage für die Beschlagnahmung fragte und sich sonst kein 'Verantwortlicher' meldete, verlangten die Grünröcke wütend dessen Ausweis, um ihn zum 'Rädelsführer' zu stempeln. Er wurde aufgefordert, mit an die Seite zu kommen, weigerte sich aber, sich von den übrigen Genossen absondern zu lassen: 'Warum ?' Da schrie der Uniformierte: 'Ihr wißt genau, daß die KPD verboten ist...' Da das nicht zog, denn die KPD/ML ist nicht als Nachfolgeorganisation der KPD ausdrücklich verboten, faselte er nur noch, der Plakatständer behindere den Verkehr, und beschlagnahmte ihn.

Zu dem letzten 'Argument' nahm die RBG in einem Flugblatt tags darauf Stellung: 'Selbst als noch 5 bis 10 Kollegen ums Plakat herumstanden, lasen und diskutierten, war der

sie großspurig auftraten, als sei es bereits wieder - wie in Spanien, Griechenland, Polen usw. - auch bei uns 'kriminell', wenn man Flugblätter, die die Wahrheit sagen und den richtigen Weg weisen, verteilt.

Die Polizei hatte wohl an diesem Morgen zu lange geschlafen und kam erst als die Verteiler ihre Arbeit beendet hatten. Die Bullen drehten Blaulicht an und wendeten mitten auf einer Ausfallstraße, doch unsere Genossen entkamen dem 'grünen Wirbelwind' durch eine Fußgängerunterführung. Im Flugblatt hieß es: 'Die Polizei zeigt, was wir die ganze Zeit sagen. Wenn die Kapitalisten Angst haben, schwingen sie drohend ihre 'Fäuste': DIE POLIZEI MUSS SICH IN BEWEGUNG SETZEN !' Das verstanden die Kollegen. Am Nachmittag verkauften wir doppelt so viele ROTE MORGEN wie am Vortag.

Wieder Unruhen in Polen

Ende August traf der Chef der polnischen Revisionisten, Edward Gierek, in Danzig ein. Warum ? Die polnische Presse mußte zugeben, daß es Ende August auf den Werften in Danzig erneut zu Tumulten gekommen ist. Es besteht aber kein Zweifel, daß keine Maßnahme Giereks und seiner Clique die Lage beruhigen und den Kampf der polnischen Werktätigen zum Sturz der neuen Bourgeoisie bremsen kann.